

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich zuzüglich Zustellgebühr Anzeigenpreise nach Vereinbarung. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14 Inselstr. 8a Fernruf: P 7 Jannowitz 5009. Postscheckkonto Berlin Nr. RM 60 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 283 B

BERLIN • Freitag den 30 Dezember 1932

1 JAHRGANG

Hunger wird verordnet.

Rpt. Ueber den Friedensschluß zwischen Warmbold und von Braun ist viel gesprochen worden, insbesondere nach Schleichers Rundfunk-Aeußerung über das „Konklave“, in das er sie gesperrt habe, um eine Verständigung zu erzwingen. Das starke Interesse der Öffentlichkeit an deren Ergebnis hat gute Gründe. Es handelt sich ja nicht um die Verständigung zwischen zwei Privatpersonen, auch nicht um die zwischen zwei beliebigen Ministern, sondern um die Verständigung des sozusagen amtlichen Vertreters der deutschen Industriellen und des ebenfalls sozusagen amtlichen Vertreters der deutschen Großagrier.

Ueber den Inhalt des „Friedensvertrages“ sind im voraus viele und vielerlei Nachrichten verbreitet worden. Jede Partei beschuldigte die andere des Bruchs der Vereinbarungen und des Bruchs der Vertraulichkeit. Von großagrarischer Seite, wo man anscheinend in jeder Beziehung bereits in Kontingenten denkt, wurde der Vorwurf erhoben, daß „offensichtlich eine kontingentierte Vertraulichkeit Platz gegriffen hat, bei der den Gegnern sachlicher Agrarpolitik jede Indiskretion und jeder Angriff auf die Regierungspolitik erlaubt ist, während eine sachliche Unterrichtung der Öffentlichkeit über die zur Entscheidung stehenden Probleme abgelehnt und als unerwünscht bezeichnet wird“. So zu lesen in Hugenbergs „Landwirtschaftlicher Wochenschau“, wo Kontingentierungspolitik schon längst als „das einzige nationale ökonomische Wissen kontingentiert und durch großagrarisches „Gehirn“ geschützt“ bezeichnet wird.

Unsere Darstellung des vermutlichen Inhalts jenes Friedensvertrages (im Wirtschaftsteil vom 25. Dezember) hat sich als richtig erwiesen. Es war nicht schwer, aus der Fülle der Gerüchte die tatsächlich vorhandenen Pläne herauszufinden, wenn man sich nur zwei Tatsachen mit ausreichend realistischer Phantasie vergegenwärtigte: Es war ein General, der den Frieden zwischen den beiden Ministern diktierte; es war ein deutscher General, der sich gewiß noch daran erinnert, wie knapp in Deutschland während des Krieges Fett wurde und welche üblen Folgen das für die Leistungsfähigkeit der gesamten Bevölkerung hatte.

Generäle brauchen „Nahrungsfreiheit“. Daß die Verständigung zwischen Warmbold und von Braun, zwischen deutschen Industriellen und deutschen Großagrariern, tatsächlich auf der Generals-Linie erfolgte, zeigt die neueste Notverordnung deutlich.

Es geht um mehr als Butter!

Der Hauptinhalt der mit Verspätung veröffentlichten Notverordnung vom 29. Dezember ist die Ermächtigung an die Reichsregierung, bei der Herstellung von Margarine die Beimischung von Butter, Talg und Schmalz anzuordnen, ferner Vorschriften über den Umfang der Herstellung von Margarine, Kunstspeisefett, Speiseöl u. s. w. zu erlassen, sowie einen Verwendungszwang für inländische Oelseen in den Oelmöhlen anzuordnen.

Was bedeuten diese Ermächtigungen? In der amtlichen Erläuterung heißt es über ihren Hauptzweck: „Die jetzt vorgesehene Regelung der Fettwirtschaft stellt eine Ergänzung der Kontingentierung der Einfuhr von Butter und Schmalz dar. Sie soll den Anteil der ausländischen Rohstoffe bei der Margarineherstellung zu Gunsten der einheimischen tierischen Fette einschließlich Butter zurückdrängen. Die Margarineindustrie verarbeitet heute zu etwa 97—98 Prozent Rohstoffe ausländischer Herkunft, und zwar vor allem pflanzliche Öle und Tran. Ursprünglich war Rindertalg der Grundstoff der Margarine.“

Die Reichsregierung vergißt, bei der Reklame, die sie für ihr eigenes Notverordnungsprodukt macht, zu berichten, welche Geschmacksunterschiede zwischen der Margarine von 1913 und der von 1932 bestehen! Dafür setzt sie im einzelnen fest, daß es verboten ist, im „Verkehr mit Margarine“ durch „Umhüllungen, Bezeichnungen“ u. s. w. „in Wort oder Bild auf Milch, Butter, andere Milcherzeugnisse oder Schweineschmalz oder auf deren Gewinnung hinzuweisen“. Die Margarine-Industrie soll also offenbar gleichzeitig gezwungen werden, Butter beizumischen und diese Tatsache in ihrer Reklame zu verschweigen.

Wichtiger ist: In der Verordnung fehlen alle Zahlenangaben über den Umfang des Beimischungszwanges. Die Durchführung ist also völlig der Reichsregierung überlassen. Diese versichert in der amtlichen Erläuterung, sie habe „den Wunsch, die mit der Verordnung angestrebten Ziele im Wege freiwilliger Vereinbarungen mit der Margarine- und Oelmöhlen-Industrie zu erreichen, so daß die Ermächtigung zur gesetzlichen Regelung gar nicht Anwendung zu finden braucht“.

Also: Kommst du nicht willig, so brauch' ich Gewalt! Es wird überdies nicht freiwillig sein, wenn die Margarine-Industrie willig kommt; denn über ihr hängt ja ständig das Damoklesschwert der zwangsweisen Einschränkung der Margarineproduktion!

„Sachverständige“ vor einem Rätsel.

Manche Zeitungen regen sich darüber auf, daß ein Land, in das viel Butter eingeführt wird, für einen Bruchteil der eingeführten Menge zwangsweise Verwendung sucht.

Sie meinen ferner, es sei schwer zu verstehen, daß hier Zwang zur Erreichung der deutschen Nahrungsfreiheit eingesetzt werde. Seit 1930 habe eine freiwillige Vereinbarung mit den Feintalgschmelzen über die Abnahme von sogenanntem Premier Jus (erstklassigem tierischem Schmalz) in Höhe von 8000 Tonnen bestanden. Die Margarine-Industrie habe sich sogar verpflichtet, diese Menge allmählich auf 10000 Tonnen zu steigern. Das habe sich aber als unmöglich erwiesen, weil

Stalin baut den Diktaturapparat aus.

Die Sowjet-Regierung hat durch zwei wichtige Maßnahmen ihren Diktatur-Apparat ausgebaut:

1. Der Rat der Volkskommissare und das Zentrale Vollzugskomitee haben die

Einführung eines Paß- und Meldesystems für die Sowjet-Union

dekretiert. Danach haben sich alle Bewohner der Städte, Arbeitersiedlungen, Sowjet-Landgüter, soweit diese Personen über 16 Jahre alt sind,

bei der Miliz anzumelden

und sich einen Inlandspass ausstellen zu lassen. Nur der Inlandspass berechtigt zum Aufenthalt an einem bestimmten Ort. Wohnortveränderungen sind anzumelden.

Auf Grund des Passes sollen in Zukunft auch die Anstellungen in den Betrieben vorgenommen werden.

Mit der Durchführung der Paßkontrolle wird die Miliz (Polizei) betraut. Die Kontrolle soll im Laufe des Jahres 1933 in den wichtigsten Städten, später im ganzen Lande durchgeführt werden.

Bisher waren Ausweise nicht obligatorisch; Partei-, Gewerkschafts-, Betriebsausweise galten als ausreichende Legitimation.

2. Gleichzeitig mit der Einführung des Paßzwanges hat der Rat der Volkskommissare den dritten

stellvertretenden Vorsitzenden der GPU (der politischen Polizei), Prokofjew, zum Chef der Bundesmiliz der Sowjet-Union ernannt.

Prokofjew wird voraussichtlich Nachfolger des kranken Chefs der GPU werden. Durch diese Ernennung wird die Miliz und damit das Paßwesen der GPU unterstellt.

Nach der „Roten Fahne“ verfolgt die Einführung des Paßwesens zwei Zwecke:

1. „die städtischen Wohnungen und Arbeitersiedlungen von Personen, die nicht unmittelbar mit der Produktion oder mit der gesellschaftlich nützlichen Arbeit verbunden sind, zu entlasten und auf diese Weise der Knappheit an Wohnraum wirksam zu begegnen“;

die deutschen Produzenten nicht in der Lage waren, entsprechende Mengen zu liefern. Im laufenden Jahre werde die Anlieferung von Premier Jus 6000 Tonnen nicht wesentlich übersteigen. —

Alle diese Sachverständigen verstehen nicht, warum sich die Reichsregierung angesichts dieser unbestrittenen Tatsachen um die Verwendung von mehr inländischen Rohstoffen zur Margarine-Produktion bemüht und mit Zwang droht. Das ist nur zu verstehen, wenn man sich sagt: Der kluge Mann — auch der kluge General — baut vor.

Ein Frosch-Mäuse-Krieg.

Wie sehr der „Vorwärts“ an dem eigentlichen Problem vorbeisieht, das diese erste größere Notverordnung, die auf der Generals-Linie liegt, für Sozialisten aufwirft, zeigt der Streit, den er mit der Regierung entfesselt hat:

Der „Vorwärts“ hatte gemeldet, Margarine habe eine Umschlagdauer von 60 Tagen, während die meist verwendete Bauernbutter nur 12 Tage haltbar sei. Daher sei zu befürchten, daß bei der Beimischung von Butter zur Margarine auch die Margarine in 12 Tagen ranzig würde.

AUS DEM INHALT:

Die Klassenkämpfe in Frankreich.
Das Wüten der Banden Michailoffs.
Vorbereitungen für den nächsten Krieg.
Doch Nazi als Mörder in Bottrop.
Sechs Professoren — ein halbes Dutzend Toren.

2. „eine Säuberung dichter Bevölkerungsplätze von asozialen, verbrecherischen und kulakischen Elementen zu erzielen“.

Die Wiedereinführung des Paßsystems, die Einschränkung der Freizügigkeit der Bevölkerung, legen in Rußland die Vergleichung mit dem zaristischen Paßsystem nahe. Die „Rote Fahne“ nimmt hierzu deutlich Stellung:

„Der Unterschied zwischen dem Meldewesen im zaristischen Rußland und den kapitalistischen Ländern und dem neuen Meldesystem der Sowjet-Union ist der: dort ist das polizeiliche Meldewesen eine Waffe der Bourgeoisie gegen das Proletariat, ein Mittel zu dessen Verfolgung und Unterdrückung — hier in der Sowjet-Union aber ist es

eine scharfe Waffe des herrschenden Proletariats gegen die Feinde des werktätigen Volkes, gegen alle konterrevolutionären Spekulanten und Schädlinge des sozialistischen Aufbaus,

die sich heute noch in den Toren der Großstädte versteckt halten. Die Durchführung der neuen Maßnahmen bedeutet eine weitere Festigung der Herrschaft der Arbeiterklasse, eine Stärkung der proletarischen Diktatur,

jenes Fundaments, auf dem sich der Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und der klassenlosen Gesellschaft vollzieht.“

Leider richtet sich unter dem Regime Stalins eine Stärkung der Diktatur nicht nur gegen die Feinde der Revolution, sondern gegen alle Feinde Stalins. Denn auch ein Mensch wie Trotzki wird in die Rubrik „konterrevolutionärer Spekulanten und Schädlinge des sozialistischen Aufbaus“ eingeordnet. In geradezu ekelhafter Weise hat das die gesamte parteikommunistische Presse neulich anlässlich der Kopenhagener Reise Trotzki's erneut bestätigt. Soeben wird die erneute Maßregelung eines verdienten Revolutionärs, eines Freundes und Genossen Trotzki's gemeldet: Das Politbüro der KPR hat

Rakowskis Verbannung um 3 Jahre verlängert

weil er es abgelehnt hat, seine Unterwerfung unter die Meinung Stalins in Form einer Reue-Erklärung zu vollziehen. Rakowski lebt zur Zeit in Barnaul (West-sibirien).

Die Regierung hat erwidert, daß die Haltbarkeit einer Margarine, deren Umschlagdauer 60 Tage beträgt, nur durch Beimischung von Benzoesäure erreicht werde. Wenn diese Beimischung zur Margarine nicht erfolge, würde auch diese nach einigen Tagen ranzig werden. Nachdem nunmehr der Beimischungszwang von Butter zur Margarine eingeführt worden sei, werde auch der mit Butter vermischten Margarine Benzoesäure beigemischt und dadurch dieselbe Haltbarkeit wie bei der nicht mit Butter vermischten Margarine erzielt werden.

Der „Vorwärts“ antwortet darauf, man habe in Holland festgestellt, daß man Butter mit Hilfe von Benzoesäure nur 17 Tage vor dem Ranzigwerden bewahren könne.

Es geht bei der Maßnahme, die von der Regierung eingeleitet wird, um mehr als das Ranzigwerden von Margarine und um die Anzahl der Tage, die Margarine sich hält! Es geht aber auch um mehr als um die Verteuerung der Margarine!

Eine Liebesgabe nebenbei.

Die Verordnung bringt die Ermächtigung zu einem Verwendungszwang für inländische Oelseen.

Diese Bestimmung hat mit der Fettbeimischung unmittelbar nichts zu tun. Wir erinnern: Während des Krieges ist der Anbau der Oelsaaten in Deutschland stark gestiegen. Er ging darnach wieder zurück, weil die Produktionskosten in Deutschland zu hoch waren. Die neue Notverordnung gibt so nebenbei der Regierung die Waffe in die Hand, um den Großagrariern einen erhöhten Anbau von Oelsaaten zu beliebigen Preisen möglich zu machen. — Soll am Ende hier den Großagrariern, wenn zuviel Getreide in Deutschland für den deutschen Markt produziert wird, ein Ausweg in eine andere lohnende Produktion eröffnet werden?

Gegen Negerhirse und anderes.

In der Notverordnung wird noch ein weiterer Schritt zur „Nahrungsfreiheit“ gemacht. Seit Jahren besteht ein Maismonopol in Deutschland. Es hat den Zweck, den Mais so zu verteuern und seine Einfuhr so zu beschränken, daß die einheimischen Futtermittel trotz des Sinkens der Weltmarktpreise teuer bleiben. Vor einigen Monaten wurde Dari, die Negerhirse, in das Monopol einbezogen, weil findige Köpfe darauf gekommen waren, die Einfuhr von Mais weitgehend durch die Einfuhr von Dari zu ersetzen, das bis dahin in Deutschland fast unbekannt war. Der Wunsch nach billigen Futtermitteln war bei vielen stärker als die Freude an der „Nahrungsfreiheit“. Und wir können ihnen das nachfühlen.

Bei der Einziehung von Dari in das Maismonopol sagten wir voraus, daß es dabei nicht bleiben würde, daß nach Verteuerung des Dari eben andere Ersatzstoffe den Weg über die deutsche Grenze finden würden. So kam es. Und jetzt soll die Maismonopolstelle weitere Futtermittel unter ihre Obhut nehmen: darunter Reisabfälle und „nicht besonders genannte Getreidearten“. Die Herren im Reichsernährungs-

ministerium haben also anscheinend unter dem Druck der Tatsachen wenigstens so viel Nationalökonomie gelernt, daß nun auch sie voraussehen, daß das Verbot der freien Einfuhr eines Futterstoffes die Findigkeit von Kaufleuten anreizt, Ersatzstoffe ausfindig zu machen. Deren Einfuhr wird nun gleich in Bausch und Bogen im voraus verboten. Alles Getreide, für das nicht bereits ausdrücklich ein Zollsatz festgelegt ist, fällt künftig unter das Einfuhrverbot und darf nur von der Maismonopolstelle eingeführt werden. — Alles im Zeichen des Kampfes um die Nahrungsfreiheit!

Diese neue Sicherung gegen eine Verbilligung der Futtermittel erfolgt gleichzeitig mit der Vorberoitung des Beimischungszwanges für Butter bei der Margarine-Fabrikation, einer Maßnahme, die zeigen soll, wie sehr die Regierung darauf bedacht ist, der bäuerlichen Veredlungswirtschaft zu helfen. Die Verkoppelung der beiden Maßnahmen in einer Notverordnung zeigt, was von diesem Gerede zu halten ist.

Was also ist „Nahrungsfreiheit“?

Unter dem Motto „Nahrungsfreiheit“ wird Brotgetreide und Futtergetreide verteuert, wird die freie Einfuhr von noch nicht ausfindig gemachten Futtergetreidesorten im voraus verboten, werden „Beimischungszwänge“ verordnet.

Fürwahr! Eine schöne Freiheit ist diese Nahrungsfreiheit. Wir schlagen für Neuauflagen von Nachschlagewerken die folgenden Worterklärungen vor:

1. = Freiheit von Nahrung.
2. = keine Freiheit, billige Nahrungsmittel zu kaufen.
3. = Freiheit für Generäle, ihrem Beruf nachzugehen.
4. = Freiheit für Großagrariern, mit der Nahrung anderer nach Belieben zu verfahren.

Das Wüten der Banden Michailoffs.

Terror in Bulgarien.

Der blutige Terror der mazedonischen Faschisten der Michailoff-Gruppe in Bulgarien hat am Mittwoch, als der Ministerpräsident gerade beim König war, um ihm den Rücktritt des Kabinetts zu erklären, vor dem königlichen Palaste wieder zu einem blutigen Zusammenstoß mit Angehörigen der linken Mazedonier-Gruppe geführt. Dabei wurden zwei Personen getötet und sechs Personen verletzt. Dem offiziellen Bericht zufolge, ist der Redakteur der faschistisch-mazedonischen Zeitung „Makedonia“, Simeon Eftimoff, auf offener Straße von Anhängern der linken Mazedonier-Gruppe angegriffen worden, von denen zwei verhaftet wurden. Da aber der blutige und von der bulgarischen Regierung in keiner Weise gehinderte Terror der Faschisten bekannt ist, nehmen wir den offiziellen Bericht mindestens mit großen Zweifeln entgegen.

Was hat es mit dem Terror auf sich, den die Michailoff-Gruppe in Bulgarien ausübt? Die Schrift:

„Ein Volk in Not und Kampf.

Hilferuf aus Mazedonien“, die vom „Bund Freier Balkan“ herausgegeben worden ist, liefert uns darüber einiges Material.

Mazedonien war früher unter türkischer Herrschaft. Schon damals war die Unterdrückung der Bevölkerung groß. Als das Land aber 1913, nach dem Balkankrieg gegen die Türkei, unter Serbien, Griechenland und Bulgarien aufgeteilt wurde, verschlimmerte sich das Los der mazedonischen Bauern ungeheuer. In jedem Teil Mazedonien wurden diejenigen, die nicht die Nationalität des ihnen übergeordneten Staates hatten, aus dem Lande verwiesen. Zum Beispiel wurden bulgarische und griechische Mazedonier gezwungen, Serbien zu verlassen. Die eigenen Schulen wurden den Mazedoniern genommen. Im Teil Mazedoniens unter serbischer — jetzt jugoslawischer — Herrschaft wurden

1500 Mazedonier seit Aufteilung des Landes ermordet.

Hunderttausende wanderten durch die Gefängnisse, 3400 kamen ins Zuchthaus. Die gleichen Schrecken, die bei der Behandlung der Neger in Afrika und Amerika üblich sind, werden auch in Mazedonien angewandt.

Der weiße Terror in Bulgarien.

Am schlimmsten ist die Unterdrückung in Bulgarisch-Mazedonien. Wie in den übrigen Teilen Mazedoniens bestehen auch hier faschistische mazedonische Organisationen, die die Unterdrückung der bäuerlichen Bevölkerung im Dienste des Staates und seiner Hintermänner übernommen haben. Die unter Führung von Iwan Michailoff stehende faschistische IMRO erfüllt diese Aufgabe in Bulgarien.

Der Terror der Banden Michailoffs erstreckt sich nicht lediglich auf Mazedonien selber: in ganz Bulgarien, ja sogar außerhalb der Grenzen Bulgariens ist kein linker Mazedonier seines Lebens sicher.

Während eines Monats sind in den Straßen von Sofia offen sechs Morde der Faschisten verübt worden.

Hunderte von Terroristen arbeiten in allen Städten Bulgariens und in ausländischen Großstädten. Sie führen genaue Listen über alle Abgeordneten und Redakteure und alle anderen Menschen, die den Mut aufgebracht haben, gegen die IMRO das Wort zu ergreifen. Die Namen der Mörder sind den bulgarischen Behörden in sehr vielen Fällen bekannt. Keine Hand rührt sich gegen sie, kein Schutz wird den Verfolgten gewährt, kein Gehör denen geschenkt, die sich mit Klagen und Protesten an die Regierung wenden. In dieser Hinsicht hat sich seit dem Sturz des Zankoff-Regimes in Bulgarien nichts geändert: wie unter der Herrschaft des offenen Faschismus, so konnten die blutigen Banden Michailoffs auch unter dem parlamentarischen Regime Muschanoffs ihre dunkle Tätigkeit fortsetzen.

Schreckensherrschaft im Kreise Petritsch.

Der Kreis Petritsch ist das Zentrum der IMRO-Herrschaft. Die IMRO füllt hier alle Posten: die der Regenten, Richter, Landbesitzer, Direktoren der Tabakgesellschaften, Steuereintreiber usw. Obwohl die Bauern Steuern an den Staat abführen müssen,

erhebt die IMRO Anspruch auf Sondersteuern:

5 Lewa pro Kilogramm Tabak, der für 15—20 Lewa verkauft wird, streicht sie ein. Nicht anders steht es bei anderen Produkten des Landes.

Die Bevölkerung des Petritsch-Kreises hat das Recht, sich Gemeindevertreter zu wählen. In einigen Dörfern erhielt die Opposition die Mehrheit. Mit Unterstützung der Regierung zwangen die Faschisten in Nevrokop, wo zehn Oppositionellen nur vier IMRO-Leute gegenüber standen, drei der Oppositionellen durch Folterungen zum Rücktritt. Dann wurde der Gemeinderat aufgelöst. Nach den Neuwahlen erhielt die Opposition wieder die Mehrheit.

Daraufhin wurde auf zwei Abgeordnete auf offener

Straße ein Bombenattentat verübt,

dem einer von ihnen zum Opfer fiel. Der Gemeinderat wurde wieder aufgelöst.

In einer Periode von neun Jahren sind, bei einer Bevölkerung von 180 000, 2000 Personen ermordet worden.

Rede-, Presse-, Versammlungs- und Vereinsfreiheit sind in jenen Gegenden unbekannte Begriffe. Sogar Zeitungen, die in dem übrigen Bulgarien legal erscheinen, sind hier verboten. Die Richter verhängen gegen jeden, der gegen die Interessen der IMRO verstößt, hohe Geld- und Gefängnisstrafen. Allein die Geldstrafen, die auf solche Art erpreßt werden, bringen jährlich 30 bis 40 Millionen Lewa (1 bis 1,5 Millionen Mark) ein.

Im Folgenden zitieren wir aus dem Memorandum einer Gruppe Mazedonier aus dem Petritsch-Kreise, das dem bulgarischen Ministerpräsidenten unterbreitet worden ist:

„Das Volk ist an den Bettelstab gebracht, seit acht Jahren lebt es unter ständiger Bedrohung und Unsicherheit seiner Existenz. Das kärgliche Ackerland der Bevölkerung geht nach und nach in die Hände der Wucherer und Bandenführer über. Schon bei der Ansiedlung der Flüchtlinge (aus den anderen Teilen Mazedoniens, H. M.) geschahen ungläubliche Raubakte. Die meisten Flüchtlinge erhielten nur je 5 Dekar, während die Bandenführer je 20, 30 und 40 Dekar Boden an sich rissen. Die Machthaber haben sich auch die Wohnparzellen angeeignet: jeder nahm sich drei bis vier Parzellen, mit denen eine schmutzige Spekulation betrieben wurde. Den Flüchtlingen blieb nur unbrauchbares Land. Der ganze herrenlose Boden, der zur Aufteilung unter die Flüchtlinge bestimmt war, geriet in die Hände der Bandenführer und Machthaber, die sich als Bevollmächtigte der früheren Besitzer ausgaben. Das auf diese Weise geraubte Land wurde verkauft, die Machthaber verdienten an dem Raub Millionen.“

Sollen wir alle Gewalttaten und Morde dieser Bande aufzählen? Sie sind unzählbar. Wir werden nur einige Fälle anführen:

1. Im Juni 1928 erschoss der Funktionär der IMRO, Boris Buneff, den Einwohner von Nevrokop Methodi Atzeff, auf offener Straße. Atzeff wurde vom Bürgermeister von Singartia festgehalten, während Buneff auf ihn schoß. Grund: Atzeff hatte sich geweigert, Buneff Geld zu geben. Buneff geschah nichts. . . .

Vorbereitungen für den nächsten Krieg.

„Im Falle eines italienisch-jugoslawischen Krieges.“

Am 20. Januar 1933 läuft der rumänisch-italienische Freundschaftsvertrag ab, dessen Verlängerung Italien von der Zusage Rumäniens abhängig macht, im Falle eines italienisch-jugoslawischen Krieges die Neutralität zu wahren.

Für Rumänien ist durch diese Forderung eine sehr schwierige Lage entstanden: der rumänischen Regierung liegt jetzt, nachdem sich ihre Beziehungen zu Frankreich erheblich gelockert haben, mehr denn je daran, sich nicht auf feindlichen Fuß mit Italien zu stellen. Andererseits ist Rumänien mit Jugoslawien zusammen in der Kleinen Entente, die ihren Sinn verlieren würde, wenn Rumänien dem „Feinde“ des Bundesgenossen die Neutralität zusichern würde. Der rumänische Außenminister wird am 4. Januar in Paris sein, um dort die Lage mit der französischen Regierung zu besprechen.

„Unpolitischer“ Ausflug eines britischen Kreuzers.

Der englische Kreuzer „Hawkins“ hat sich — aus völlig unpolitischen Gründen, so erklären die britischen Behörden — nach Abadan, der Endstation der Oelleitung der anglo-persischen Oelgesellschaft begeben.

Die belgische Armee ist „ihren Aufgaben gewachsen“.

In der belgischen Kammer wurde der Heereshaushaltsplan für 1933 besprochen. Danach soll die Truppenzahl des Heeres auf 61 000 Mann festgesetzt werden. Der Kriegsminister er-

klärte, daß nun die belgische Armee ihren Aufgaben der Verteidigung völlig gewachsen sei. Die Befestigungswerke seien notwendig und hätten lediglich Verteidigungscharakter, sie sollten so nahe wie möglich an der Grenze angelegt werden. Der Minister fügte hinzu, daß er sich immer weigern werde, die Ost- und Südgrenze in gleicher Weise zu behandeln. Belgien müsse sich im voraus gegen Deutschland sichern.

2. Am 2. Juni 1929 wurde der Jugendliche Der mend-jieff aus der Stadt gelockt und ermordet. Der Mörder ist der gleiche Buneff. Ihm geschah nichts!

3. Am 6. Mai 1930 wurde der Bauer Spas Kassabeff im Kloster St. Georg von denselben Leuten ermordet. Die Mörder sind frei. . . .

4. Im September 1931 wurde der Lehrer Ilija Atanassoff aus Nevrokop blutig geschlagen. Die Gewalttäter wurden zwar verurteilt, sie brauchten aber die Strafe nicht abzuhängen und befinden sich in Freiheit.

5. Im April 1932 flüchteten einige allzu kompromittierte Machthaber der Bande IMRO in die Berge. Sie bildeten eine Räuberbande, um die Bevölkerung weiter zu erpressen. Die Bauern schlossen sich zusammen, fingen die ganze Bande samt ihrem Führer Angel Busaloff und lieferten sie den Militärbehörden aus. Alle Banditen wurden freigelassen, sie setzen heute ihren „Freiheitskampf“ fort.

In dem Dorf Jakoruda hielten die Banditen ein Femegericht, das mehrere Todesurteile gegen Bauern und Stadtbewohner beschloß. Die Vollstreckung hat bereits begonnen. . . . Von Tag zu Tag wird es klarer, daß dieser Mut in der Haltung der Behörden seine Quelle hat. . . . Viele Familienväter verlassen ihre Arbeitsstätte und fliehen, um Terror und Tod zu entgehen. Mehr als 500 Personen sind geflüchtet und hungern jetzt in Batak, Peschtera, Plowdiw, Sofia u. s. w. Andere wissen nicht, was anfangen.

Vor dem Terror der griechischen und serbischen Unterdrücker flohen wir nach Bulgarien. Sagen Sie uns bitte, wohin sollen wir jetzt fliehen? . . .“

In Sofia wurde ein „Allgemeines Komitee zur Verteidigung der Bevölkerung im Petritschkreise“ geschaffen, dem u. a. die Liga für Menschenrechte, die Liga gegen Imperialismus, die Arbeiterpartei, der linke Flügel des Bauernbundes angeschlossen sind.

Der „Bund Freier Balkan“ ruft alle Organisationen und Persönlichkeiten, die für Freiheit und Fortschritt eintreten, auf, in allen Ländern Protest zu erheben gegen die von den bulgarischen Behörden unterstützte Schreckensherrschaft der Banden Iwan Michailoffs in Mazedonien.

Der Amsterdamer Antriebskongreß hat gegen diese Unterdrückung protestiert. Ein derartiger einmaliger Protest reicht nicht aus. Unter der Arbeiterschaft, überhaupt unter allen Menschen, die ein Interesse an der Verwirklichung von Recht, Freiheit und Kultur haben, müssen Tatsachen, wie der „Bund Freier Balkan“ sie veröffentlicht, bekannt gemacht werden, muß gegen das Wüten dieser Bande energisch protestiert werden!

Der chinesische General Ma lebt

zur Zeit wieder. Nach einer sowjetamtlichen Meldung unternahmen Sowjetbeamte am 23. Dezember einen Rundgang unter den chinesischen Truppen des Generals Supingwen, die auf russisches Gebiet übergetreten waren und jetzt in der Nähe von Tomsk interniert sind. Die Sowjetbeamten fanden dabei einen Mann, dessen Ausweise zwar auf einen anderen Namen lauteten, der sich aber in einem eingehenden Verhör als General Ma herausstellte. So sagt die sowjetamtliche Meldung. Es besteht kein Anlaß, diese Meldung anzuzweifeln, da die Russen vom Bekanntwerden dieser Nachricht nur Schwierigkeiten zu erwarten haben; denn es ist damit zu rechnen, daß Japan die Auslieferung des verhafteten Generals verlangen wird.

Der stellvertretende Außenkommissar der Sowjet-Union, Karachan, hat dem japanischen Botschafter mitgeteilt, daß sich General Ma in der Sowjet-Union befinde. Die Regierung der Sowjet-Union versichert, sie werde nicht zulassen, daß General Ma seine Anwesenheit auf russischem Gebiet zum Kampf gegen Japan ausnutze.

Der chinesische Kommunismus ist trotz der Erfolge der chinesischen Truppen gegen ihn noch nicht besiegt, hat Tschiangkaischek in einer Rede in Nanking erklärt. Der Kampf werde rücksichtslos fortgesetzt werden.

Auch die Agentin Japans, die „mandschurische Regierung“, hat die Kommunistische Partei in Mandschukuo außerhalb des Gesetzes gestellt. Wer sie irgendwie unterstütze, werde zur strengsten Verantwortung gezogen werden.

Japan-Mandschukuo. General Muto ist zum japanischen Gesandten in Tschangtschun (Mandschukuo) ernannt worden; Tanschentschi, ehemaliger mandschurischer Außenminister, zum mandschurischen Gesandten in Tokio.

Gandhi hat erklärt, daß er vorläufig nicht in den Hungerstreik treten wird. „Daily Herald“ berichtet, daß Gandhi und die übrigen politischen Gefangenen in Indien demnächst freigelassen werden.

klärte, daß nun die belgische Armee ihren Aufgaben der Verteidigung völlig gewachsen sei. Die Befestigungswerke seien notwendig und hätten lediglich Verteidigungscharakter, sie sollten so nahe wie möglich an der Grenze angelegt werden. Der Minister fügte hinzu, daß er sich immer weigern werde, die Ost- und Südgrenze in gleicher Weise zu behandeln. Belgien müsse sich im voraus gegen Deutschland sichern.

„Dunkerque“.

In der englischen Presse sind Einzelheiten über die Beschaffenheit des neuen französischen Schlachtschiffes „Dunkerque“ bekannt gegeben worden. Danach wird das Schiff hauptsächlich nach englischem Muster gebaut werden und so stark sein, daß es den Kampf fast mit jedem bestehenden Kriegsschiff aufnehmen kann.

Das neue französische Marineluftschiff „E. 9“ hat am Mittwoch seine erste Probefahrt gemacht.

Bombenflugzeuge und Panzerwagen.

Die persische Gesandtschaft in London bestätigt die Nachricht des „Daily Herald“, daß die persische Regierung zwei Geschwader schwerer Bombenflugzeuge in England bestellt habe und fügt hinzu, daß von den 50 in Auftrag gegebenen Maschinen 18 bereits abgeliefert seien, daß außerdem noch mehrere Panzerwagen und Funkausrüstungen für den Feldgebrauch bestellt worden seien. Die Kosten der Aufträge betragen rund eine halbe Million Pfund (etwa 7 Millionen Mark).

Sondergerichte in Italien.

Die Schandtaten des Faschismus.

H. M. Im Jahre 1926, nachdem der faschistische Terror die Arbeiterbewegung vernichtet, ihre Führer ermordet oder auf andere Art mundtot gemacht und die gesamte Presse, soweit sie nicht dem Faschismus diente, zerstört hatte, richtete Mussolini das Sondergericht ein, um jede etwa noch auftretende Opposition im Keime zu ersticken. Damals dachte er, daß diese Gerichte nach fünf Jahren überflüssig sein würden; da aber diese Zeit nicht ausgereicht hat, um den Befreiungsdrang im italienischen Proletariat zu ersticken, ist die Laufzeit des Sondergerichts um fünf Jahre — also bis 1936 — verlängert worden.

Ueber dieses Gericht, das nur in Rom tagt, braucht man eigentlich nichts weiter zu wissen, als daß der Vorsitzende, die Vize-Vorsitzenden, Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte Faschisten sein müssen. Weder der Präsident, noch die Vize-Präsidenten, noch der Untersuchungsrichter brauchen juristische Qualifikationen zu haben. Der Vorsitzende muß Offizier der faschistischen Miliz sein, die Richter Mitglieder der Freiwilligen Miliz für nationale Sicherheit. Die Vize-Präsidenten müssen Generäle sein.

Als einziges Gesetz, das als Richtlinie für das Sondergericht dient, kann der Satz betrachtet werden, auf den jeder, der Mitglied der faschistischen Partei werden will, einen Schwur ablegen muß:

„Ich schwöre, den Befehlen des Duce Folge zu leisten, ohne darüber zu diskutieren, und mit all meiner Kraft und, wenn nötig, meinem Blut, der Sache der faschistischen Revolution zu dienen.“

Nur wird dieser Spruch auf das Blut der Angeklagten angewandt.

Das Sondergericht gilt als Kriegsgericht; daher bestimmt die höchste militärische Behörde, also Mussolini selber, wann eine Untersuchung eingeleitet werden soll. Auch die öffentliche Anklage erfolgt auf Verordnung des Kriegsministers, also Mussolinis. Auch der Untersuchungsrichter wird von Mussolini eingesetzt. Der Staatsanwalt kann jedoch auch ohne vorherige Untersuchung Klage erheben.

Der Angeklagte muß in Haft genommen werden. Ein Termin, zu dem der Verhaftete Anspruch auf Vernehmung durch einen Untersuchungsrichter oder auf Mitteilung des Grundes seiner Verhaftung hat, gibt es nicht. Die Anklage wird ihm 1—8 Tage vor Beginn der Gerichtsverhandlung vorgelegt, vorher kann er also keinen Rechtsanwalt mit der Bearbeitung des Falles beauftragen.

Rechtsanwälte dürfen nur Personen sein, die nicht in Opposition zum Faschismus tätig sind oder waren. Aus den Listen der zugelassenen Rechtsanwälte kann jeder Name jederzeit gestrichen werden, wenn es den Behörden erforderlich erscheint. Wenn der Staatsanwalt der Ansicht ist, daß ein Rechtsanwalt während der Gerichtsverhandlung den Gesetzen und Verordnungen nicht die gebotene Achtung erweist, kann der Vorsitzende ihn durch einen anderen Anwalt ersetzen. Das kann auch geschehen, wenn es dem Staatsanwalt aus anderen Gründen wünschenswert erscheint. Der Anwalt, der zum Ersatz bestellt wird, ist Offizier der Armee oder der Miliz und dem Militärgesetz unterstellt.

Der Vorsitzende hat das Recht, dem Rechtsanwalt die Einsichtnahme in die Akten zu verweigern, wenn ihm das im öffentlichen Interesse erforderlich erscheint.

Gegen das Urteil des Sondergerichts gibt es keinen Einspruch. Es muß innerhalb von 24 Stunden nach der Verkündung vollstreckt werden.

Vor dieses Gericht können Menschen gebracht werden wegen einer Handlung, die vor der Einsetzung des Gerichts begangen worden ist und damals nicht den Gesetzen widersprach.

Von der Tätigkeit des Sondergerichts.

Ein Korrespondent einer belgischen Zeitung berichtete über eine Verhandlung des Sondergerichts: Innerhalb einer halben Stunde wurden neun Angeklagte vernommen. Daraufhin erklärte der Vorsitzende, daß die Sache völlig klar sei und weigerte sich, noch die Entlastungszeugen zu vernehmen. Die Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen von zwei bis neun Jahren verurteilt!

Noch vor wenigen Monaten wurden die beiden Antifaschisten Shardelotti und Schirru, die vorübergehend aus dem Ausland nach Italien zurückgekehrt waren, zum Tode verurteilt. Die Gerichtsverhandlung dauerte zwei Stunden, und am Morgen darauf wurden sie hingerichtet. Die Faschisten behaupten,

die Beiden hätten gestanden, daß sie die Absicht hatten, ein Attentat auf Mussolini zu verüben.

Ob dieses Geständnis wirklich gemacht worden ist und, wenn es der Fall war, mit wieviel Torturen es erpreßt worden ist, wird wahrscheinlich niemals ans Tageslicht kommen. Fest steht nur, daß die drei italienischen Verbannten, die von den Angeklagten — nach Angaben der Behörden — der Mittäterschaft bezichtigt worden sind, und zwar auf Grund von Photographien, die ihnen von der Polizei vorgelegt wurden, alle ein vollständiges Alibi für die in Frage kommende Zeit stellen konnten. Auf derartige Beweise kam es dem Gericht natürlich gar nicht an. Gerade in dem Fall von Shardelotti und Schirru war es vollkommen klar, daß Mussolini diese beiden Gegner, die im Ausland gegen ihn Propaganda machen, dafür bestrafen wollte.

Mit welchen Torturen in den Untersuchungsgefängnissen Italiens gearbeitet wird, kann man sich schwer vorstellen. Nur gelegentlich kommt es — wahrscheinlich infolge von Unvorsichtigkeiten der Faschisten — vor, daß Nachrichten darüber an die Öffentlichkeit gelangen. In solchen seltenen Fällen hört man dann z. B., daß einem Mann namens Delfini am 13. Juni 1932 ein Geständnis erpreßt wurde, indem er mit Nadeln unter die Fingernägel gestochen wurde, und daß eine Frau, deren Bruder verurteilt und die selber in Untersuchungshaft genommen worden war, zwar freigesprochen wurde, aber das Untersuchungsgefängnis als Krüppel verließ. Es wird des öfteren auch berichtet, daß Gefangene Selbstmord verübt hätten. Da in diesem Fall zumeist den Angehörigen die Besichtigung der Leiche verweigert wird, ist der Verdacht, daß diese Opfer zu Tode gequält worden sind, nicht unberechtigt.

Urteile und ihre Begründungen.

Die Zeitschrift des Internationalen Frauen-Komitees für Matteotti, „Humanity“, der wir auch die meisten der hier berichteten Tatsachen entnehmen, veröffentlicht eine Zusammenstellung einiger Urteile des Sondergerichts, die wir hier wiedergeben (ob es sich bei den Urteilen um Gefängnis- oder Zuchthausstrafen handelt, wird nicht angegeben):

- 12. März 1927: Tarozzi und 36 Andere zu insgesamt 172 Jahren 2 Monaten Gefängnis verurteilt (Mindeststrafe 22 Monate, Höchststrafe 14 Jahre). Grund: Zugehörigkeit zur KP und SP im Januar 1926 — als also beide noch legal waren. Außerdem haben einige den Familien politischer Gefangener Hilfe geleistet.
- 7. Mai 1927: Pastore und 8 Genossen zu insgesamt 76 Jahren 9 Monaten verurteilt. Grund: Verteilen sozialistischer und kommunistischer Flugblätter.
- 7. Juli 1927: Zanuttini zu 8 Jahren 3 Monaten verurteilt, weil er ein alter Freund Zambonis war.
- 14. Juli 1927: Corazzoli zu 10 Jahren verurteilt. Grund: Verteilen kommunistischer Flugblätter.
- 23. Juli 1927: Pazzaglia und 18 Genossen zu insgesamt 139 Jahren 7 Monaten 15 Tagen verurteilt. Grund: Verteilen kommunistischer Flugblätter.

30. Juli 1927: Chiossone zu 12 Jahren 6 Monaten 13 Tagen verurteilt. Grund: Er hatte die Behörden in den Vereinigten Staaten gebeten, ihn nicht auszuweisen, weil er vor den Faschisten Angst hatte.

- 1. Oktober 1927: Pagnossin zu 5 Jahren verurteilt, weil in seinem Hause kommunistische Flugblätter gefunden wurden.
- 6. Oktober 1927: Bottino und 3 Genossen — darunter 2 Frauen — zu insgesamt 7 Jahren verurteilt, weil sie, als Angehörige politischer Gefangener, von der Roten Hilfe unterstützt wurden.
- 21. Oktober 1927: Calore zu 7 Jahren 6 Monaten verurteilt. Grund: Verteilen antifaschistischer Flugblätter.
- 12. November 1927: Graziano und seine Frau zu je 18 Jahren verurteilt. Grund: Verteilen kommunistischer Flugblätter.
- 13. Februar 1928: Foco und 6 Genossen zu je 5—14 Jahren verurteilt. Grund: Verteilen antifaschistischer Zeitungen.
- 6. April 1928: Parodi zu 21 Jahren 6 Monaten, Spinelli zu 16 Jahren 8 Monaten, Vignocchi zu 14 Jahren verurteilt. Grund: Kommunistische Propagandatätigkeit.
- 6. April 1928: Leopizzi zu 6 Jahren 11 Monaten verurteilt. Grund: Schreiben antifaschistischer Aufsätze für die französische Presse.
- 12. April 1928: Spano und seine Frau zu insgesamt 11 Jahren 6 Monaten verurteilt. Grund: Sammeln und Verteilen von Geld für politische Opfer.
- 25. April 1928: Del' Aglio zu 7 Jahren 6 Monaten verurteilt. Grund: Heruntermachung des Sondergerichts.
- 4. Juni 1928: Terracini zu 22 Jahren 9 Monaten, Gramsci — ein Krüppel — zu 20 Jahren 4 Monaten verurteilt. Grund: Sie waren Mitglieder des kommunistischen Parteivorstandes, als die Partei noch legal war.
- 15. Juni 1928: Carlini zu 30 Jahren, Barozzi zu 17 Jahren verurteilt. Grund: Spionage. Die Verhandlung wurde geheim gehalten.
- 25. Oktober 1928: Malbetti und 12 Genossen zu insgesamt 42 Jahren 6 Monaten verurteilt, zwei von ihnen zu je 10 Jahren. Grund: Sie kamen in einem Wald aus antifaschistischen Gründen zusammen.
- 9. November 1928: Li Causi und Genossen. 6 wurden zu insgesamt 28 Jahren 3 Monaten, 9 zu insgesamt 28 Jahren, 6 Monaten verurteilt. Grund: Sammeln und Verteilen kommunistischer Literatur.
- 20. November 1929: Alessandro zu 10 Jahren 9 Monaten verurteilt. Grund: Antifaschistische Tätigkeit und Besitz eines falschen Passes.
- 22. Dezember 1930: Mario und 2 andere, 2 zu insgesamt 30 Jahren, einer zu 3 Jahren verurteilt. Grund: Verteilen antifaschistischer Blätter.
- 24. April 1931: Moscatelli und Genossen. 4 wurden zu insgesamt 48 Jahren 6 Monaten, 4 andere zu 18 Jahren 1 Monat verurteilt. Grund: Sie sind Kommunisten und trugen bei einem Begräbnis einen Strauß roter Blumen.

Vom Februar 1927 bis zum Mai 1931 wurden vom Sondergericht insgesamt 2412 Personen zu 7582 Jahren Gefängnis verurteilt, 7 Personen zum Tode und eine Person zu lebenslänglicher Zwangsarbeit. In den ersten sechs Monaten des Jahres 1932 wurden in 38 Prozessen 213 Personen zu insgesamt 1461 Jahren 7 Monaten Gefängnis und 2 Personen zum Tode verurteilt.

Zu den vom Sondergericht Verurteilten kommen noch die etwa 1200 Personen, die ohne Gerichtsverhandlung zwangsverschickt worden sind. Von den 500 Personen, die verbannt sind, sind 118 lungenkrank geworden, 37 sind irrsinnig geworden, 4 haben Selbstmord begangen, einer wurde von einem Milizmann erstochen, 107 sind zu zusätzlichen Gefängnisstrafen verurteilt worden, die sie in den fürchterlichen Gefängnissen dieser Insel absitzen müssen.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin Anzeilen: R. Linnmann, Berlin. Verlag Internationale Verlagsanstalt GmbH, Berlin SW 19, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909 Druck A. Janiszewski Buchdruckerei und Verlag GmbH, Berlin SO 36 Elisabethufer 28/29.

BRUNO GLUCHOWSKI
HOHLEN-KULIS
 REVOLTE AN DER RUHR (43)
 COPYRIGHT 1932 BY FACKELREITER-VERLAG G. M. B. H., BERLIN W 19

„Halt's Maul, du alter Mucker und behalt deinen Quatsch für dich. Vielleicht holt dich dein Vater im Himmel mit einer himmlischen Heerschar hier aus dem dreckigen Pütt heraus. Uns wird er nicht haben wollen, denn wir haben im ganzen Leben noch nicht soviel gebetet, wie du an einem Tage.“
 Da verstummt der Beter, der Sprecher aber fährt fort:
 „Was haben wir verbrochen, daß wir so elend krepieren müssen? Sind wir Vater- und Muttermörder, sind wir Verbrecher, die keiner besseren Todesart würdig sind? Haben wir nicht Tag und Nacht geschuftet, unsere Knochen abgeschunden für die Kohlenbarone? Haben wir in unserem ganzen Leben soviel gute Tage gehabt wie Sonntage im Jahr? Wer wird unseren Frauen und Kindern zu essen geben, wenn wir nicht mehr da sind, wer schafft ihnen Kleidung und Kohlen, wenn wir nicht mehr da sind? Sollen sie Betteln gehen, sollen sie im Elend verkommen, sollen sie — sollen sie — — —“
 Seine weiteren Worte ersticken in einem tierischen Gerüll. Nicht mehr die Angst vor dem Tode läßt ihn so brüllen, sondern die Angst um die Zukunft seiner Lieben. Schauerlich gellt es den todgeweihten Kumpels in die Ohren.
 „Kerl, sei ruhig, bist doch kein Weib“, schreit ihn einer an. Das entfacht den anderen zur Raserei.
 „Du, du willst mir hier Vorschriften machen? Du — du — du Stahlhelmer. Kapitalaknecht gekaufter, du — — der seine eigenen Kumpels verrät. Lump, du, — hier vor dem Tode sage ich dir noch, daß du ein Lump bist, weil du deine Klassen-genossen verraten hast.“
 „Ruhe da“, ruft Günther Gerling, die Gasmaske abreifend. „Schäm dich, Wolters, vertrag dich mit Heilmann, ehe es zu spät ist. Hier gibt's keine Stahlhelmer und keine Klassen-

bewußten Arbeiter, hier gibt es nur noch Kumpels, Kumpels, die bald in jenes Reich hinüberwechseln, aus dem es keine Wiederkehr mehr gibt.“
 Wolters kriecht zu Heilmann hin, streckt ihm die Hand entgegen. Der ergreift sie, hält sie fest. So haben die Rettungsmansschaften sie gefunden.
 Stöhnen, Jammern, leises Aechzen, nur wenig Worte. Einer wird von einem Tobsuchtsanfall ergriffen, trommelt mit den Fäusten gegen eine Eisenplatte, auf der er liegt, als wäre sie der Feind, dem er an die Gurgel will. Ein anderer springt auf, rennt auf den Trümmerhaufen zu, der den Weg zum Schacht versperrt, beginnt die obersten Steine hinwegzuwerfen, stößt dabei ein großes Lachen aus, das nachher, als er die Fruchtlosigkeit seiner Bemühungen einsieht, in ein wimmerndes Weinen übergeht. Günther rüttelt den neben ihm liegenden Schwindsüchtigen an der Schulter, — — — kein Lebenszeichen. Er reißt die Gasmaske herunter, ruft ihn an. Keine Antwort. Er fühlt seinen Puls — — — kein Schlag mehr. Er ist tot. Günther legt ihn glatt auf den Rücken, schiebt ihm seine Jacke unter den Kopf. Es nützt nichts, der Tote spürt nicht mehr, daß er jetzt bequem liegt. Auf der anderen Seite neben Günther regt sich etwas. Der Junge mit dem verstauchten Bein ist es, der aufschluchzt.
 „Günther, keine Rettung mehr?“
 Gerling schüttelt den Kopf.
 „Sterben, so jung schon?“ weint der Junge. „Ich will noch nicht sterben, nein, nein. Ich will nach Hause, zur Mutter, zu meinen Freunden vom Fußballklub.“
 Günther stülpt ihm die Gasmaske über den Kopf.
 „Vielleicht wirst du gerettet, als einziger“, sagt er zu ihm. Der Junge lächelt, legt sich an den Stoß. Für ihn ist es gewiß, daß er gerettet wird.
 Immer stiller wird es im Kreise der auf den Tod Wartenden.
 Günther kriecht zu Ladewig hinüber, spricht mit ihm. Aber Ladewig hört nicht auf das, was er sagt. Er zieht ein Stück Kreide aus der Tasche, kriecht bis zu der herabgerissenen Lattenleiste, sieht nach seiner Taschenuhr und schreibt an eins der Blechrohre:

„12 Uhr 18 Minuten. Wir leben noch, haben aber keine Hoffnung auf Rettung. Denkt an unsere Frauen und Kinder. Fritz Ladewig.“
 Günther kriecht zurück, sieht den Jungen auf dem Gesicht liegen. Er dreht ihn um, ruft ihn an. Keine Antwort erhält er. Da nimmt er ihm die Gasmaske ab, schaut ihm ins Gesicht. Der Mund ist zum Weinen verzogen, die geschlossenen Augenlider sind tränennäß. Er reißt einen Fetzen von seinem Hemd ab, taucht ihn in das Wasser, wischt ihm damit über das Gesicht, um ihn aus seiner Ohnmacht zu erwecken. „He, Kumpel, nicht schlafen“, ruft er ihn an. Der Junge öffnet die Augen, schließt sie aber sofort wieder. „Mutter“, sagt er leise, während aus seinen Augen stärker die Tropfen perlen. Der Kopf sinkt ihm auf die Brust, er fällt zurück. Günther legt ihm einen frischen Lappen auf das Gesicht, horcht auf seine Atemzüge. Er hört keine mehr, der junge Kumpel ist tot, ist bei seiner Mutter.
 Da weiß Günther, daß die Gasmaske undicht ist, wirft sie in den Gesenkschacht. Sie soll keinem mehr die Hoffnung auf Rettung vortäuschen.
 Die Stille wird ab und zu unterbrochen von Verzweiflungsausrufen, inbrünstigen Gebeten, unterdrücktem Schluchzen und lautem Fluchen. Ladewig kriecht von Mann zu Mann, ruft ihn an, ob er noch lebt. Nicht alle können ihm antworten. Mit Kreide schreibt er an das Blechrohr:
 „1 Uhr 40 Minuten.“
 Von 30 Mann leben noch 14. Wer weiß, wie lange noch. Gott sei uns Armen gnädig.“
 Einer nach dem anderen verröchelt seinen letzten Atemzug, unerträglich wird Günther die um ihn lastende Stille. Nach einer Weile ruft er den Rutschenmeister an.
 „Ladewig — he, Fritz — Fritz.“
 Ladewig kann ihm keine Antwort geben. Er ist schon in jenem Land, in dem es keine Kohlenzechen und keine Schüttelrutschen gibt. Wieder und wieder ruft Günther, vergeblich.
 „Kumpels“, schreit er da in aufwallender Angst. „Wer von euch noch lebt, der gebe Antwort.“
 (Fortsetzung folgt.)

Klassenkämpfe in Frankreich.

Wir haben schon häufig darauf hingewiesen, daß die französische Regierung die Absicht hatte, den Staatshaushalt durch Senkung der Beamtgehälter zu sanieren und daß ein ernsthafter Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Bürgertum daraus entstehen könnte, wenn die Regierung bei dieser Absicht bleibt. Es handelt sich nämlich nicht lediglich darum, daß die Beamten und Staatsarbeiter sich nicht ohne weiteres mit Lohnsenkungen abfinden, sondern die gesamte Industrie würde mehr noch als bisher, unter Berufung auf das Beispiel, das der Staat ihnen gegeben hat, die Senkung der Löhne der Arbeiter fordern. Wie wird sich die augenblicklich einflußreichste Arbeiterpartei, die Sozialistische Partei, bei einem solchen Konflikt verhalten?

Der Haushaltsentwurf der Regierung Herriot sah die Kürzung der Beamtgehälter vor. Die Gewerkschaften protestierten überall auf das Heftigste. Große Versammlungen in allen bedeutenderen Städten des Landes fordern von den Zentralorganisationen ihrer Verbände entscheidende Aktionen gegen die bevorstehende Lohn- und Gehaltskürzung.

Trotz des Eingreifens der Polizei haben die Gewerkschaften in manchen Provinzstädten Demonstrationen in den Straßen erzwungen. In Paris hat eine Versammlung von 10 000 Eisenbahnern stattgefunden, die sich für Streik im Falle der Lohnsenkung ausgesprochen haben.

Teilweise werden die Aktionen von den Freien Gewerkschaften zusammen mit den kommunistischen Gewerkschaften durchgeführt. So hat der Kongreß der großen freigewerkschaftlichen Beamtenföderation einstimmig beschlossen, bei Streikaktionen gegebenenfalls mit den kommunistischen Gewerkschaften zusammenzugehen als ersten Schritt zur Wiederherstellung der Gewerkschaftseinheit. An manchen Orten wird dieser Beschluß schon angewandt. An anderen wird ein Zusammengehen noch abgelehnt. Stellenweise bekämpfen die Gewerkschaftsführer einander noch heftig. Aber daß eine Verständigung zwischen den feindlichen Brüdern überhaupt vorkommt — und zwar von Organisation zu Organisation — ist ein Zeichen, wie ernst es allen ist. Jeden Tag finden große Massenversammlungen statt, in denen die Bereitschaft zum Kampfe immer von neuem betont wird.

Ueber den Willen der Massen kann also kein Zweifel bestehen. Wie verhalten sich die Führer? Die Protestaktionen in Versammlungen und Demonstrationen werden von den Orts- und Bezirksleitungen geführt, die in Frankreich nie Gewerkschaftsbeamte sind, sondern wie ihre Kollegen in den Betrieben arbeiten. Sie unterscheiden sich in bezug auf den Kampfwillen nicht von der Masse.

Aber wie steht es mit den Spitzen? Hier hängt nun alles davon ab, wie sehr diese Führer unter dem Einfluß der politischen Vertretung der Arbeiterschaft im Parlament, also in erster Linie der französischen Sektion der II. Internationale stehen.

Denn deren Stellung ist nicht klar. Léon Blum und seine Freunde haben es als einen Sieg des Sozialismus gefeiert, daß die Regierung Herriot ihre Entschließung auf Errichtung eines staatlichen Getreideamtes gebilligt hat — eine Entschließung, die niemand und zu nichts verpflichtet. Die sozialistischen Abgeordneten haben es aber unterlassen, auch nur mit einem Wort dagegen zu protestieren, daß am 11. November 1932 Sozialisten und die pazifistischen ehemaligen Kriegsteilnehmer nach der Kranzniederlegung am Grabe Jaurès von der Polizei auseinandergehauen wurden und mit vielen Verwundeten den Platz räumen mußten.

Die Regierung Herriot hatte ganz offenbar der sozialistischen Entschließung zugestimmt, weil sie es für taktisch klug hielt, dieses Mal die Sozialisten zu unterstützen. Warum? In welcher Sache wollte sie als Gegenleistung die Zustimmung der Sozialisten haben? Hoffte sie, die Unterstützung der Sozialisten für die von der Regierung vorgeschlagene Zahlung der Kriegsschulden am 15. Dezember „unter Vorbehalt“ zu bekommen? Oder wollte sie darüber hinaus die Zustimmung der Sozialisten zu dem Budget haben, das Herriot und seinen Ministern schon seit Monaten arge Kopfschmerzen bereitete und für seine Nachfolger die gleichen Schwierigkeiten bietet?

Im Falle der Kriegsschulden ist Herriot von den Sozialisten jedenfalls enttäuscht worden. Noch haben die Verhandlungen über das Budget nicht stattgefunden. Noch weiß man also nicht, wie die Sozialisten sich hier verhalten werden. Werden sie auf den Leim kriechen und die Massen im Stich lassen, so wie sie sie in den Straßenkämpfen am Grabe Jaurès im Stiche gelassen haben? Dies würde, angesichts der im Großen und Ganzen in Frankreich bestehenden Unabhängigkeit der Gewerkschaften von den Parteien möglicherweise die Gewerkschaftsführer nicht daran hindern, zu den Massen zu stehen. Aber selbst wenn dies die Spitzen der Gewerkschaften nicht täten, so ist doch ziemlich sicher, daß die lokalen Gewerkschaftsgruppen nicht vom Kampfe ablassen würden. Gerade die jetzt stattfindenden Protestdemonstrationen machen den Eindruck, als ob die Massen weit davon entfernt sind, reformistischen Parolen zu folgen. So kann es zum offenen Konflikt zwischen Arbeiterschaft und Parlament kommen, ein Konflikt, der in allen französischen Revolutionen des 19. Jahrhunderts eine so große Rolle gespielt hat.

Oder aber die sozialistischen Abgeordneten lassen sich nicht für die Kürzung der Gehälter der Staatsarbeiter und Beamten gewinnen. Dies ist keineswegs ausgeschlossen. Denn dem Druck ihrer Arbeiterwähler können sie nur schwer ausweichen. Dann gibt es wieder zwei Möglichkeiten. Entweder wird die Regierung sich auf die Rechte stützen müssen, um ihren Finanzplan durchzubringen; der offene Konflikt mit den gewerkschaftlich organisierten Massen wird ausbrechen, und die sozialistische Partei und ihre Abgeordneten werden auf die Probe gestellt werden, ob sie den Parlamentarismus oder den Klassenkampf vorziehen. Oder die Regierung Paul Boncour verzichtet auf die Kürzung der Beamtgehälter, was sie ohne Gefahr tun kann und wahrscheinlich tun wird, da sie nicht verpflichtet ist, die Pläne ihrer Vorgängerin aufzugreifen. Dann wird sie sich wieder vor die Frage gestellt sehen, wie sie den Staatshaushalt ausgleichen soll. Wahrscheinlich ist der Konflikt dann nur hinausgeschoben; — eine Zwischenlösung, an der die Kapitalisten angesichts ihrer augenblicklichen Schwäche auf politischem Gebiet sehr wohl ein Interesse haben können.

Gerhard Kumbelen (Paris).

Die französischen Finanzdebatten.

Der Senat, dem das erste Haushaltszweifelt nach der Annahme in der Kammer überwiesen worden ist, hat dazu vorläufig eine ziemlich unfreundliche Stellung eingenommen und die Herabsetzung der von der Kammer genehmigten Schatzweisungen von 5 auf 2 Milliarden Franc beantragt.

Sowohl in der Kammer als auch im Senat ist das Schicksal der Oesterreich-Anleihe noch nicht sicher. Einige Gruppen der Kammer sind der Ansicht, daß Frankreich eine etwas seltsame Figur mache, wenn es eben an Amerika

die Zahlung seiner Schulden verweigert und gleich darauf einem anderen Staat eine Anleihe gewährt. Einige Gruppen der Rechten fordern, daß Oesterreich, als Gegengabe für die Anleihe, noch stärkere politische Konzessionen mache.

Die russisch-polnische Verständigung

Im polnischen amtlichen Verordnungsblatt wird neben dem bereits bekannten russisch-polnischen Nichtangriffspakt das am 26. November unterzeichnete

Schlichtungsabkommen

zwischen diesen beiden Staaten erstmalig veröffentlicht. Es bestimmt, daß zur Beilegung und Schlichtung von Streitfällen, die zwischen den beiden Ländern entstehen und auf diplomatischem Wege nicht erledigt werden können, ein Ausschuß aus vier Mitgliedern, je zwei Polen und zwei Russen, ins Leben gerufen werden soll. Ausgenommen sind Streitfälle gebietsmäßiger Natur, was eine Herabsetzung der Bedeutung des Abkommens und eine Beschränkung des Wirkungskreises des Schlichtungsausschusses bedeutet. Die polnisch-sowjetrussische Verständigung vom 3. August 1925 über ein gemeinsames Vorgehen bei Grenzvorfällen bleibt in Kraft. Das Schlichtungsabkommen sieht weiter vor, daß der Ausschuß, wenn nicht außerordentliche Fälle vorliegen, einmal im Jahre abwechselnd in Warschau und in Moskau zusammentritt. In Fällen, wo der Ausschuß zu keiner Einigung über einen gemeinsamen Vorschlag gelangen kann, hat der Sitzungsbericht beide Vorschläge zu enthalten. Das Abkommen ist zusammen mit dem Nichtangriffvertrag, dessen ergänzenden Bestandteil es bildet, am 23. Dezember nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft getreten.

Der Völkerbund ist nicht untätig.

Der Völkerbund hat sich nicht, wie manche Menschen vermuten, in stille Untätigkeit zurückgezogen. Eben veröffentlicht er einen Bericht, der sich mit der Lage in französisch Indochina, China, Korea, Japan und vielen anderen Ländern beschäftigt — und zwar in bezug auf die dort im Laufe des vergangenen Jahres aufgetretenen Epidemien. Es handelt sich um den Monatsseuchenbericht, der ein eingehendes, mit zahlreichen Bildern und Tabellen versehenes Dokument ist. Ueber Pockenkrankungen und deren kleine und große Herde kann man da alle wissenswerten Tatsachen finden. Derartige Berichte haben doch viel für sich: sie füllen die Bibliothek des Völkerbundes ebenso gut wie z. B. der Lytton-Bericht und wirbeln erheblich weniger Staub auf!

Bevorstehende Lohnkämpfe in Dänemark.

Der Tarifvertrag von etwa 8000 Seeleuten vom dänischen Reedereiverband ist gekündigt worden. Zum 1. April 1933 sind fast sämtliche dänischen Tarifverträge gekündigt worden, von denen 150 000 Arbeiter ergriffen sind. Von diesen sind allerdings etwa 50 000 erwerbslos.

Schweres Bergwerkunglück.

Dre zehn Tote.

In Fünfkirchen ereignete sich heute ein schweres Bergwerkunglück. Dreizehn Tote und einige Verletzte sind zu beklagen. — Die Ursache des Unglücks ist noch unbekannt.

35 Menschen, darunter Kapitän und Offiziere, ertranken, als der chinesische 2000-Tonnen-Dampfer „Sinfantai“ auf der Fahrt nach Ningpo infolge eines Lecks sank. Gerettet wurden 17 Mann.

Feinbesohl-Anstalt
und Schuhfärberei
HANS SACHS
Berlin SW / D esdener Straße 111
garantiert für erstklassige Arbeit

Nähmaschinen
Reparaturen / Reinigung
Ersatzteile
gut schnell billig
EUGEN GEHM
Anklut a. M. - Riederwall
Friedrichplatz 12

Getrocknete Bananen

sind nahrhaft u. billig
als Brotbelag und zum
Obst für jung und alt
zu verwenden.
Postpackchen 4 Pfund
brutto nur 3 Mark.
frei Haus, n. a. Orten
Vorauszahlung
auf Postcheckkonto
Magdeburg 17924
erbeten.

Frischkost-Reformhaus
Magdeburg, O. v. Guerickestr. 101

Oberhemdenstoffe,
Tricoline, Fianelle, Oxfords
günstige Posten Maccotuch
kauft man gut und billig bei
Kurt Levy, Berlin O112
Scharnweberstr. 16/17.

Maßarbeit **erstklassig**
Herren - Anzüge, Mäntel, Damen-
Kostüme, Aufbügeln und Reparaturen

Alfred Arensberg
Berlin Reinickendorf-Ost
Hinter der Dorf-Aue 14

„POLYEAR“
RAUMTON



OTTO PFOTENHAUER
Musikapparate • Weimar, Gläserstr. 14.

Freunde und Leser des „Funken“!
Unterstützt eure Zeitung

BERLIN
KAMERA
Unter den Linden 14 - A1 Jäger 2987
29. Dez.: René Clair „Die Million“
Charlie Chaplin in „ZIRKUS“
Ab 30. Dezember:
„Der brave Sünder“
mit Max Pallenberg,
Regie: Fritz Kortner
Nicolai Kollin in „Hurra Ich lebe!“

Ersstklassige
Maßarbeit
Herren - Anzüge
Mäntel
Damen - Mäntel
Kostüme
Tadelloser Sitz
Schönheit
MAGDEBURG
Johannisbergstr.
10, III.
Stoffmuster
vorläufig



POLITISCH
WIRD DER MENSCH
GESCHEITER
DURCH BÜCHER MIT
DEM FACKELREITER

Lassen Sie sich bald einmal den reich illustrierten Katalog
kostenlos schicken vom
FACKELREITER-VERLAG, BERLIN W 16

Von der Kunst,
zu philosophieren.

Von Leonard Nelson.

85 Seiten.

Geheftet 0,45 Mark.

Sonderdruck aus der seit langem vergriffenen Schrift:

„Die Reformation der Philosophie durch die Kritik der Vernunft.“

„Wie alle Arbeiten Nelsons zeichnet sich auch diese durch vortreffliche Klarheit und Schärfe der Gedanken aus. ... An dem Buche darf keiner, der sich für philosophische Fragen interessiert, vorbeigehen.“
„Wissenschaftlich-pädagogische Rundschau“ Nr. 41.

„Ein Buch, gerade auch für Arbeiter. Die einfache und klare Sprache macht das Buch für jeden Arbeiter verständlich. Das Buch enthält keine für den Arbeiter unverständlichen ‚Professorenweisheiten‘, sondern jeder Gedanke wird klar entwickelt.“
„Der Funke“ Nr. 86.

Verlag „Öffentliches Leben“ Berlin S14, Inselstr. 8a.

Postcheckkonto Berlin 818 42.

Reparaturen v. elektr. Bügeleisen, Klingelanlagen usw.
Spezialität:
Anfertigung mod. Tisch- und Nachttischlampen
G. Funke, Elektrotechniker
Göttingen, Judenstraße 3, III

A. JANISZEWSKI
BUCHDRUCKEREI UND VERLAG/GMBH

druckt! Flugblätter,
Zeitungen,
Zeitschriften
und jede Art
Geschäfts-
drucksachen



Berlin SO36, Elisabethufer 28-29
Telefon: Sammelnr. F 1 Moritzplatz 5471

Gegen die Einführung der Miliz.

Der Bund Entschiedener Schulreformer warnt alle Friedensfreunde und alle von der Idee wahrer Menschlichkeit erfüllten Volksgenossen vor der großen Illusion, als wäre die Einführung des Milizsystems ein wesentliches Mittel zur allgemeinen Völkerabrüstung und also ein Instrument des Friedens.

Das Milizsystem bedeutet im Gegenteil die Militarisation der Völker in noch weit stärkerem Maße als jedes Söldner- und jedes „stehende“ Heer, indem es den Militärgest durch alle Kanäle des Volkslebens leitet und ihn in allen Altersschichten lebendig erhält. Es stellt sich in der Praxis nicht als Entmilitarisierung und Pazifizierung, sondern als planmäßige Erziehung des Volkes zum Militarismus und somit als moralisch-militärische Aufrüstung dar. Es ist um so gefährlicher für die Verwirklichung der Idee der Völkerverständigung, als es den eigentlichen Sinn und Zweck des Militärsensens,

die kriegerische Austragung der Völkerinteressen gegenseitig verhält, und ihm weitgehende Popularität verleiht.

Wer die Erziehung im Geiste der Völkerverständigung in einer mit explosiven Spannungen geladenen Zeit als unbedingte erzieherische Gewissenspflicht anerkennt, wer im besonderen die europäische Befriedigung als den besten menschlichen Impuls ansieht, den er in seinem Kulturkreise durch Erziehung der kommenden Generation zu geben vermag, wer die Wehrpflicht überhaupt als die furchtbarste Form der Unterdrückung des einzelnen durch den Staat erkannt hat, wer den Krieg als menschliche Freveltat ächtet und verabscheut, wer weiß, daß die Miliz nicht ebenso gut als Angriffs- wie auch als Verteidigungsheer benutzen läßt, der muß das Milizsystem ebenso scharf wie jede andere Militarierungsform des Volkes bekämpfen.

Der Bund Entschiedener Schulreformer, der sich zu einem entschiedenen Pazifismus bekennt, ruft aus moralischen und erzieherischen Gründen alle Volksgenossen auf zum scharfen Protest gegen diese und andere „fortschrittlich“ aufgemachte Pläne der aufrüstenden Reaktion.

Wir wollen nicht neues Völkermorden, sondern Befriedigung der Welt.

Wir wollen ein solidarisches Leben unter Menschen und in der Menschheit.

Wir wollen Mitmenschlichkeit und Freiheit!

Der Vorstand:

Oestreich, Hoepner, Rietz, Krakauer.

Die „Eier“ Modell 98.

Kiste mit Waffen in St. Pauli beschlagnahmt.

Polizeibeamte beobachteten am Dienstag abend in der Hamburger Hafengegend in St. Pauli, wie von einem Geschäftsauto eine schwere Kiste von mehreren Männern abgeladen und in einen Hausflur geschafft wurde. Auf Befragen erklärten die Transporteure, daß sich in der Kiste „Eier“ befänden. Trotzdem beschlagnahmte die Polizei die verdächtige Eierkiste und stellte darin mehrere Gewehre und Karabiner, Modell 98, Pistolen, eine Granate, einen Granatzünder, eine Kugelhandgranate, acht scharf geschliffene Seitengewehre und Pistolenmunition verschiedenen Kalibers fest. Die Polizei verhaftete daraufhin die vier Männer, von denen einer eine geladene Pistole in der Tasche hatte. Eine Durchsuchung eines in der Nähe der Abladestelle befindlichen Kellers förderte weitere Waffen und Munition zu Tage, außerdem angeblich kommunistische Broschüren. Wenn man diese Broschüren gleichsam erklärte, die Verhafteten ebenso bereitwillig und treuherzig, wie sie vorher als Inhalt ihrer Kiste „Eier“ angegeben hatten, daß sie der kommunistischen Partei „angehörten beziehungsweise mit ihr sympathisierten“. Wir stehen diesen geständnisfreudigen „Kommunisten“ mit dem größten Mißtrauen gegenüber. — Inzwischen wurden noch mehrere Personen verhaftet, doch „verbietet der Stand der kriminalpolizeilichen Untersuchung vorerst weitere Mitteilungen“.

Polizeischikanen gegen Kommunisten.

Aus Dortmund meldet die „Rote Fahne“ die Verhaftung von 18 kommunistischen Funktionären am 24. Dezember ohne jegliche Begründung für diese Polizeimaßnahme. Unter den

Vom „Notwerk der deutschen Jugend“.

Der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, dem vom Reichsarbeitsminister die Durchführung des von General Schleicher schon in seiner Rundfunkrede bekanntgegebenen „Notwerks deutscher Jugend“ übertragen wurde, hat jetzt ein längeres Schreiben mit Richtlinien an die Landesarbeitsämter geschickt. Die Vorsitzenden der Arbeitsämter werden beauftragt, mit den in Frage kommenden Organisationen Fühlung zu nehmen und Arbeitsgemeinschaften zu bilden, damit der Organisationsapparat bald in Funktion treten kann. Zur Bildung derartiger Kameradschaften ist jede Gemeinschaftsgruppe (Jugendverbände und -bünde aller Art, Berufsverbände u. s. w.) zugelassen, falls sie keine „staatsfeindlichen Ziele“ verfolgt, das heißt vor allem nicht kommunistisch ist. Jede Kameradschaft soll in der Regel nicht weniger als 25 Mitglieder umfassen. Die Kameradschaften haben die Aufgabe, die gemeinschaftliche Verpflegung zu regeln und die dazu nötigen Hilfsdienste zweckmäßig zu verteilen. Neue Einrichtungen sollen hierfür möglichst nicht geschaffen, sondern bestehende ausgenutzt werden. Die Führer dieser Kameradschaften müssen die Gewähr „moralischer und sachlicher Eignung“ bieten und sich bereits im Freiwilligen Arbeitsdienst oder anderen Bildungseinrichtungen bewährt haben.

Die von den Arbeitsämtern gebildeten Arbeitsgemeinschaften haben zunächst die Aufgabe, einen Gesamtplan für die Erfassung der arbeitslosen Jugend aufzustellen. Die geistige und sportliche Beschäftigung wird vornehmlich den

Einrichtungen der Jugendpflege, der Volksbildung, den Turn- und Sportvereinen und anderen entsprechenden Verbänden und Stellen obliegen, die für geeignete Lehrkräfte und sachgemäße Durchführung zu sorgen haben. Für die Verpflegung der arbeitslosen Jugend kommen besonders die Einrichtungen der Winterhilfe und der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege in Betracht.

Außer bei einer gemeinschaftlichen Mahlzeit sollen die jungen Arbeitslosen (im Alter bis zu 25 Jahren) mindestens vier Stunden am Tage bei gemeinsamer Arbeit zusammengehalten werden. Hiervon sollen nach Möglichkeit zwei Stunden der beruflichen Fortbildung, die übrige Zeit sportlicher Betätigung und geistiger Bildungsarbeit gewidmet sein.

Die ganze Kümmerlichkeit dieses „Notwerks“ geht daraus hervor, daß für das Haushaltsjahr insgesamt nur 9 Millionen zur Verfügung gestellt wurden und für den einzelnen Jugendlichen pro Tag je nach den örtlichen Verhältnissen höchstens 15 bis 25 Pfennige ausgegeben werden sollen. Zur Voraussetzung für diese staatlichen Beihilfen wird außerdem gemacht, daß sich auch doch andere private oder öffentliche Stellen mit eigenen Mitteln an der Verpflegung und den sonstigen Aufgaben des „Notwerks“ beteiligen. Man kann diesem unzulänglichen Experiment heute schon ein ziemlich klägliches Ende voraussagen. Die ganze Maßnahme erinnert verteuelt an die P a p e n s c h e n Münchhausiaden.

Wieder ein Vorstoß des Muckertums.

Auf Anregung des sogenannten Paritätischen Ausschusses, in dem evangelische und katholische Verbände zusammengeschlossen sind, hat der Preußische Städtetag seinen Mitgliedern empfohlen, mit den Pächtern der städtischen Kioske eine Vereinbarung darüber zu treffen, daß Druckschriften und Bildwerke vom Vertrieb fern gehalten werden, wenn sie „in sittlicher oder religiöser Beziehung Aergernis zu geben geeignet“ sind. Auslage und Verkauf derartiger „anstößiger“ Literatur soll durch eine entsprechende Vertragsklausel ausgeschlossen werden.

Gegen diese Abmachung sollten alle Freunde freien Denkens energischen Einspruch erheben, denn wie kommt der Preußische Städtetag dazu, ausgerechnet den evangelischen und katholischen Verbänden die Entscheidung zu überlassen darüber, was „Schund- und Schmutzschriften“ sind und woran „Aergernis“ genommen werden soll? Mündige Erwachsene können selber entscheiden, was sie für sehens- oder lesenswert halten. Schutzmaßnahmen können sich allein darauf beziehen, unmündige Kinder vor schädlichen Einflüssen zu bewahren; aber auch darüber zu entscheiden, sind kirchliche Instanzen denkbar ungeeignet, da sie sich ja geradezu die Bevormundung und Beeinflussung der Unmündigen im Sinne ihrer Dogmen zum Ziele gesetzt haben, obwohl deren Vernunftwidrigkeit und Schädlichkeit wissenschaftlich feststeht.

Der alte Mann kann gehen.

Der Alterspräsident des neu gewählten Reichstags, General Litzmann, hat sein Reichstagsmandat jetzt niedergelegt. Die Nationalsozialisten hatten ihn nur deshalb für die Reichstagswahl aufgestellt, um zu verhindern, daß die Kommunistin Klara Zetkin wieder Alterspräsidentin des Reichstags würde.

Steuerermäßigung für Kriegsbeschädigte.

Vom „Allgemeinen Verband der Kriegs- und Arbeitsopfer Deutschlands“ (Berlin SW 68, Ritterstr. 53) wird uns geschrieben:

„Die Steuerkarten für das Jahr 1933 sind bereits zu gestellt worden. Bevor man dem Arbeitgeber die Steuerkarten aushändigt, ist es unbedingt notwendig, nachzusehen, ob der Familienstand richtig festgestellt worden ist. Besonders wichtig ist es, die erhöhten Werbungskosten prozentual der Beschädigung von dem Finanzamt bescheinigen zu lassen, damit die erhöhten Sätze beim Abzug der Steuer mit verrechnet werden. Der Antrag ist möglichst in den letzten Tagen des Dezembers zu stellen, damit ab 1. Januar 1933 der volle Betrag anrechnungsfrei bleibt. Eine Rückerstattung von zuviel gezahlten Steuern erfolgt nicht. Die Werbungskosten erhöhen sich um den Prozentsatz, den der Betreffende an Rente bezieht. Bei der Antragstellung beim Steuer- oder Finanzamt sind der letzte Rentenbescheid und die neue Steuerkarte mitzunehmen.“

Gleichzeitig müssen auch die Fahrausweise für Eisen- und Straßenbahn erneuert werden, damit den Betreffenden keinerlei Nachteile entstehen.“

Zwei folgenschwere Explosionen.

In Wittenberge entstand am Mittwoch mittag beim Instandsetzen eines Schwimmers der Dampfkesselanlage in der Karstädter Flockenfabrik eine heftige Explosion. Als der Schwimmer auf einer Feldschmiede erhitzt wurde, um undichte Stellen zu verlöten, explodierten die in dem Schwimmer angesammelten Gase und rissen ihn in Stücke. Dabei wurden die beiden Arbeiter Stange und Thiede schwer verletzt. Die Explosion war so stark, daß zahlreiche Fensterscheiben der Fabrik zersprangen.

In Mahlwinkel im Kreis Wolmirstedt explodierte in der Spritbrennerei auf dem Naumannschen Hofe der große Dampfkessel für Kartoffeln. Die Wände des Brennereigebäudes wurden durch die Explosion eingedrückt, und das ganze Haus stürzte zusammen, die Steine des Gebäudes wurden infolge des Luftdrucks weit fortgeschleudert und sämtliche Fensterscheiben in der Umgebung zerstört. Aus den Trümmern der Brennerei wurde der Brennereimeister Führer mit schweren inneren Verletzungen geborgen; außerdem wurde noch ein Arbeiter leicht verletzt.

Verhafteten befand sich auch der Stadtrat Severin und seine Tochter, sowie der Stadtverordnete Reinfrank. Verantwortlich für diese Verhaftungen ist wieder einmal der sozialdemokratische Polizeipräsident Zörgiebel.

In Geseke in Westfalen durchsuchte die Polizei am 21. Dezember die Anwesenden bei einer Sitzung der Unterbezirksleitung der KP und beschlagnahmte Schriftenmaterial.

In Radbod wurden am 24. Dezember bei vier Arbeitern Haussuchungen vorgenommen.

In Essen wurde eine Mitgliederversammlung der „Roten Hilfe“ von der Polizei aufgelöst.

In Böhlitz-Ehrenberg in Sachsen verbot die Polizei eine Betriebsversammlung (!) der Firma Koch & Schilling!

Wieder Ueberfall auf Berliner Lebensmittelgeschäft.

Am Mittwoch abend erschien kurz vor Ladenschluß in der Verkaufsstelle der Pommerschen Meiereien in der Dircksenstraße in Berlin ein junger Mann, bedrohte die Verkäuferinnen mit einem Revolver und raubte die Ladenkasse aus. Der Räuber entkam unerkannt.

Die neue Taxe für Widerstand gegen Exmittierung.

Bisher betrug sie (nach der Terror-Notverordnung) mindestens ein Jahr Zuchthaus; aktive Widerstandsleistung gegen Polizeibeamte aus einer zusammengewürfelten Menge heraus sogar zehn Jahre Zuchthaus.

Am Mittwoch stand der 21jährige Arbeitslose Klaffer vor der Moskauer Strafkammer; er hatte im Oktober bei einer Exmittierung in der Rosstraße in Berlin einen Polizeibeamten gegen die Brust geschlagen. Es macht einen kläglichsten Eindruck, wenn sich ein Klassenkämpfer, wie Klaffer es tat, vor Gericht mit Betrunkenheit herauszureden versucht. Es imponiert auch den Richtern nicht, veranlaßt sie nicht zu Milde. Klaffer wurde wegen Widerstands gegen die Staatsgewalt mit

zehn Monaten Gefängnis

bestraft. Die Verhinderung von Exmittierungen läßt sich, wenn, wie im vorliegenden Falle, eine große Menschenmenge dabei mithilft, sicher weitgehend durchsetzen, ohne daß man dabei Polizisten gegen die Brust schlägt. Wozu den Gerichten ihre Klassenkampfarbeit erleichtern?

Doch Nazis als Mörder in Bottrop.

Ekelhafte Berichterstattung des „Vorwärts“.

Wie wir schon in unserer Mittwochnummer auf Grund der Zeugenaussagen vermuteten, ist der Bergmann Sezotok in Bottrop nicht von Kommunisten ermordet worden. Die von der Polizei verhafteten Kommunisten konnten ihr Alibi lückenlos nachweisen. Der Erschossene gehörte auch nicht — wie die Nazipresse mitteilte — der NSBO an, sondern dem Einheitsverband der Bergarbeiter (RGO). Der Arbeiter Sezotok war bei seinem Schwager Hermann Condura am Abend des 24. Dezember zu Besuch. Wiederholt war es schon zwischen den beiden Schwägern zu Streitigkeiten wegen ihrer verschiedenen politischen Haltung gekommen. Vermutlich gab ein ähnlicher Streit Anlaß zu dem verhängnisvollen Schuß. Als Täter kommt der Nazi Condura in Frage. Vier Zeugen hörten, wie die Frau des erschossenen Sezotok, die Schwester des Condura, ausrief: „Hermann (ihr Bruder, der Nazi) hat meinen Mann erschossen!“ Condura hatte seinem Schwager schon früher mit der Rache der SA gedroht! Seit zwei Tagen ist nun dieser mutmaßliche Täter Condura zusammen mit einem anderen Nazi, namens Schlossarek, aus Bottrop geflohen und konnte von der Kriminalpolizei bisher nicht gefunden werden!

Damit erweist sich wieder einmal eine „Rotmord“-Hetze der Nazi-Presse als infame Lüge. Der Tatbestand beweist im Gegenteil das Vorliegen eines Nazi-Mords! Der „Angriff“ hatte über diese Bluttat berichtet unter der Schlagzeile: „Grauenhafte kommunistische Bluttat in Bottrop: Ein Bergmann unter dem brennenden Weihnachtsbaum erschossen.“ Das ließ die „Vorwärts“-Redaktion nicht ruhig schlafen, sie mußte sich der Kommunistenhetze anschließen, wobei sie aber wieder einmal bis reingefallen ist. Der „Vorwärts“ hatte dieser angeblich kommunistischen Mordtat den Femeord an dem Dresdener SA-Mann Hentzsch gegenübergestellt, und am Mittwochmorgen dazu geschrieben: „Wir überlassen es unseren Lesern, zu beurteilen, welche dieser Mordtaten grausiger wirkt. kein kommunistischer Leser darf erfahren, wie ähnliche Brutalitäten von ihren Spießgesellen verübt werden. Auf die Anklagebank gehörten von Rechts wegen neben die Verüber der Tat diejenigen Ge-

sellen, die durch ihre Verlogenheit immer wieder die Atmosphäre für diese Morde schaffen.“ Das wagt eine „Arbeiter“-Zeitung ihren Lesern vorzusetzen, die genau weiß, was es mit den „Rotmord“-Berichten auf sich hat, und deren Leser selber schon unter der Lügenberichterstattung der Nazipresse und der bürgerlichen Presse zu leiden hatten! Wir sind gespannt, ob der „Vorwärts“ wenigstens soviel Anstand haben und seine Falschmeldung vor seinen Lesern berichtigen wird.

Die „Rote Fahne“ zu der Schlägerei in der Landwehrstraße in Berlin.

Entgegen den Meldungen der bürgerlichen Zeitungen, insbesondere der Nazi-Presse, stellt die „Rote Fahne“ fest, daß der Angriff von den Nazis ausging.

Verschiedene Augenzeugen berichten übereinstimmend, daß die Nazis sich lange vor dem Zusammenstoß in den Hauseingängen und an den Straßenecken rings um das Arbeiterlokal in der Gollnowstraße herumtrieben. Die Kommunisten, die aus dem Lokal nach Hause gingen, taten also gut daran, sich nicht allein auf den Weg zu machen. Daraus, daß die überfallenen Kommunisten schließlich der Uebermacht wichen und in die umliegenden Hausflure flüchteten, machen die Zeitungen eine „Flucht der Angreifer vor der Polizei“. Die Polizei spielte überhaupt in der Angelegenheit eine eigenartige Rolle, sie nahm gleich für die Nazis Partei und suchte mit deren Unterstützung (!) nach den Kommunisten! Uebrigens wurde bei der Schlägerei außer den schon Gemeldeten auch ein Kommunist, namens Schwalleck, an der Schlagader verletzt und mußte ins Krankenhaus gebracht werden. Auf Seiten der Nationalsozialisten liegen keinerlei Schußverletzungen vor, sodaß die Behauptung, die Kommunisten hätten geschossen, mindestens voreilig ist und aus der Art der Verletzungen nicht erschlossen werden kann.

Am Weidenweg in Berlin fuhr in der Nacht auf Donnerstags, kurz nach Mitternacht, ein grünes Auto mit der Nummer LA 35 570 an einem Arbeiterlokal vorbei. In dem Auto befanden sich Nationalsozialisten, die mehrere Schüsse abgaben, durch die der Arbeiter Hans Forst am rechten Oberarm und am rechten Schenkel erheblich verletzt wurde.

Sechs Professoren, ein halb Dutzend Toren!

Die englische Zeitung „Times“ hat eine Reihe englischer Nationalökonomien aufgefordert, über das Problem des Privatverbrauchs ihre Ansicht zu sagen. Sechs von den Befragten antworten in einem in der „Times“ vom 17. Oktober veröffentlichten Brief. Die wesentlichsten Teile der Antwort lauten so:

„Sir. ... In der Kriegezeit war es für den einzelnen Bürger eine patriotische Pflicht, seine Ausgaben für Konsumgüter und Dienste bis zur Grenze des Möglichen einzuschränken. ... Heute sind die Umstände völlig anders. Wenn jemand mit einem Einkommen von 1000 Pfund (15 000 Mark!), die er normalerweise (!) ganz und gar konsumieren würde, sich entschließt, nunmehr 500 Pfund (7500 Mark!) davon zu sparen, ... ist es ganz unklar, ob sie einen Weg in Investitionen finden werden, mit deren Hilfe neue Kapitalanlagen entstehen. In einigen Fällen werden sie das natürlich tun. Ein Gutsbesitzer, der 500 Pfund weniger als gewöhnlich für Festlichkeiten ausgibt (!) und statt dessen mit den 500 Pfund einen Schuppen oder ein Haus baut, oder ein Geschäftsmann, der sich in Bezug auf Luxusgegenstände einschränkt, so daß er neue Maschinen in seine Fabrik einstellen kann, — sie leiten einfach Hilfsmittel der Produktion von einer Verwendungsart in eine andere über. Aber wenn jemand an seinem Verbrauch spart und als Ergebnis dieser Sparsamkeit nur sein Bankkonto anwachsen läßt, ja, sogar wenn er mit dem ersparten Geld nur schon existierende Wertpapiere ankauft, so finden die freigesetzten realen Hilfsmittel kein neues Haus, das auf sie wartet. Unter den augenblicklichen Umständen ist ihr Eintritt in die Investition durch Mangel an Vertrauen versperrt. Ja, das private Sparen verstärkt diese Sperre noch. Denn es schreckt noch weiter von all jenen Arten von Kapitalanlagen ab — Fabriken, Maschinen und so fort —, deren Endzweck es ist, Konsumgüter herzustellen. ... Sparen drückt heute das Volkseinkommen um nahezu ebenso viel herunter, wie es den Verbrauch herunterdrückt. Statt Arbeits-, Maschinen- und Transportkraft in stand zu setzen, einer anderen und wichtigeren Verwendung zu dienen, zwingt es sie einfach zur Untätigkeit. ... Sicher schränken viele Leute ihren Verbrauch deshalb ein, weil ihre Einkommen sich verringert haben, und sie nicht mehr so viel ausgeben können wie gewöhnlich. ... Im öffentlichen Interesse liegt es zur Zeit nicht, zu sparen.

Es ist nicht patriotisch, weniger Geld auszugeben, als wir gerne ausgeben würden.

Wenn die Bürger einer Stadt ein Schwimmbad oder eine Bibliothek oder ein Museum bauen möchten, so dienen sie, indem sie sich dieses Wunsches enthalten, keinem höheren Nationalinteresse. ... Infolge ihrer fehlgerichteten guten Absichten wird die wachsende Welle der Arbeitslosigkeit nur noch höher steigen.

D. H. MacGregor. A. C. Pigou. J. M. Keynes. Walter Layton. Arthur Salter. J. C. Stamp.“

Die Herren Professoren geben hier den weisen Rat: Kauft mehr, und die Welle der Arbeitslosigkeit wird sinken! Leider richten sie ihren Rat an die verkehrte Adresse. Sie wenden sich leider nicht an die Millionen, die gern kaufen möchten, und die ihren Konsum nur deshalb einschränken, „weil ihre Einkommen sich verringert haben, und sie nicht mehr so viel ausgeben können wie gewöhnlich“, oder „weil sie erwarten, daß ihre Einkommen sich verringern werden, und weil sie darum nicht mehr wagen, so viel auszugeben wie gewöhnlich“. Sie appellieren vielmehr an den Patriotismus der hauchdünnen Schicht derer, die 15 000 Mark und mehr jährlich verdienen. In Deutschland waren das 1928 — also zur Zeit der Hochkonjunktur — noch nicht ein halbes Prozent: von 30,8 Millionen Einkommensbeziehern bezogen nur 132 000 ein Einkommen von 16 000 Mark und mehr! Diesen oberen Zehntausend sagen die Herren Professoren: Wenn Ihr Euch 7500 Mark bei Euren Festlichkeiten vom Munde abgepart habt, legt sie nicht auf die Bank! Kauft auch ja nicht „schon existierende Wertpapiere“! Sondern baut neue Fabriken, stellt neue Maschinen auf!

Ein paar kurze Richtigstellungen zuvor. Sollten Profes-

soren der Volkswirtschaft nicht wissen, daß eine Bank mit den bei ihr eingezahlten 7500 Mark genau dasselbe macht wie das, was sie dem Sparer der 7500 Mark anraten: nämlich investieren? Allerdings nur dann, wenn nicht der „Eintritt in die Investition durch Mangel an Vertrauen“ überhaupt versperrt ist. Wenn das der Fall ist, dann helfen aber auch alle Appelle an den Patriotismus des Sparers nichts!

Sollten Professoren der Volkswirtschaft nicht wissen, daß auch der Kauf von „schon existierenden Wertpapieren“ die Kaufsumme nicht lahm legt, es sei denn, daß bei dem Verkäufer ebenfalls „Mangel an Vertrauen“ besteht?

Wenn die Unternehmer dem Rat der Professoren folgten, so würde die Welle der Arbeitslosigkeit in der Tat vorübergehend etwas niedriger werden. Denn die hauchdünne Schicht besaß in Deutschland 1928 etwa 9 Prozent des Gesamteinkommens. Wirtschaftsfachleute sollten aber wissen, daß man sich in geschäftlichen Dingen nicht vom Patriotismus, sondern von der Verdienstmöglichkeit und der Aussicht auf die Sicherheit der Kapitalanlage leiten läßt. Daß es heute kaum Verdienstmöglichkeiten gibt, und daß die Sicherheit von Kapitalanlagen heute nicht gegeben ist, zeigt sich in dem sogar von den Herren Professoren gesehenen „Mangel an Vertrauen“.

Warum fragen sie — wie man es von ernsthaften Wissenschaftlern erwartet — nicht danach, warum heute kaum noch verdient wird, und warum angelegte Kapitalien heute nicht mehr sicher sind, warum also „Mangel an Vertrauen“ besteht?

Jahre lang haben die Unternehmer sich nach dem Ratsschlag der 6 Professoren gerichtet: Sie haben viel Luxus getrieben, während sie uns Lohnempfängern in Deutschland den Rat gaben, Deutschland wieder empor zu hungern. Und sie haben in Deutschland Milliarden Mark Ersparnisse in neuen Fabrikanlagen angelegt.

Aller Luxus, den die Unternehmer getrieben haben, hat nicht ausgereicht, die Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Es ging den Arbeitern wie dem Hund in folgender Geschichte: Ein Herr, dick und rund, sitzt im Bierhaus und ißt Weißwürste. Die Würsthäute wirft er seinem mageren Hund

unter den Tisch. Ein Herr am Nebentisch bemerkt dazu: „So viel Würste kann der Herr gar nicht essen, daß der Hund von der Haut satt wird.“ Was von der Herren Fische fällt, reicht eben nicht aus, um alle satt zu machen. Sogar in den Hochkonjunkturjahren 1927—29 sank die Arbeitslosigkeit in Deutschland nie unter ¼ Millionen.

Was die Unternehmer nicht für Luxuszwecke verbrauchen, geben sie weder dem „Hund“, noch dem Staat zum Bau von mehr Schwimmbädern und Bibliotheken, sondern investierten es und legten damit durch Aufblähung des Produktionsapparates bei Drosselung der Massenkaukraft den Keim zur Krise. Welcher Unternehmer wird heute noch Vertrauen zu Neuinvestition haben angesichts der geschwundenen Massenkaukraft und des aufgeblähten Produktionsapparates?

Wer erreichen will, daß wieder mehr gekauft wird, soll sich nicht mit guten Ratschlägen an die Unternehmer wenden. Er soll dafür sorgen, daß diejenigen wieder kaufen, die heute „nicht mehr so viel ausgeben können, wie gewöhnlich“. Der Hund muß endlich nicht nur die Häute, sondern seinen Anteil an der Wurst bekommen.

Die Massenkaukraft muß auf Kosten der Unternehmer erhöht werden. Das aber muß erzwungen, das kann nicht erscrieben werden!

Daß überhaupt Schwimmbäder, Bibliotheken u. s. w. gebaut werden, mildert die Arbeitslosigkeit noch nicht. Wenn die Steuern dafür aus den Hungerlöhnen der Arbeiter erpreßt werden, so können diese Arbeiter um ebenso viel weniger kaufen, wie die neu eingestellten Bauarbeiter mehr kaufen. Nur wenn die Unternehmer die erforderlichen Steuern aufbringen, steigt die Konsumkraft und sinkt die Arbeitslosigkeit.

Wirksame Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit lassen sich nur durchführen durch politischen Kampf und nicht — wie die Herren Professoren zu glauben scheinen — durch einen Appell an den Patriotismus der Unternehmer, veröffentlicht in der kapitalistischen „Times“.

Alfred Schär.

SCHWEIZ

Neue Handelshindernisse: Der Bundesrat hat die Kontingentierung von Radioapparaten beschlossen, ferner eine Erhöhung des Zolls auf Kunstdünger von 2 auf 3 Franken pro Doppelzentner. Auf die Ausfuhr von gebrauchten Baumwollwebstühlen wurde ein Ausfuhrzoll von 800 Franken festgesetzt, um die Auswanderung des Produktionsapparates möglichst zu verhindern.

ENGLAND

Rückkehr zum Merkantilismus: Englische Schiffahrts-Unternehmer haben beim Handelsministerium Forderungen erhoben, deren Erfüllung beinahe eine Rückkehr zur Navigations-Akte (zum Schiffahrts-Gesetz vom Jahre 1661) bedeuten würde. Sie verlangen, daß alle in britischen Häfen einlaufenden Waren entweder auf englischen Schiffen oder auf Schiffen des Erzeugerlandes der Waren befördert werden. — Die Hemmungen für den Wiederaufschwung des internationalen Handels waren bisher offenbar noch nicht zahlreich genug.

BELGIEN

Stahlwerksverband zustande gekommen; günstige Aussichten für Wiedererrichtung der Internationalen Rohstahlgemeinschaft. Nach langen Verhandlungen ist der belgische Stahlwerksverband wieder zustande gekommen. Damit ist eine wesentliche Voraussetzung für die straffere Produktionsregelung innerhalb der Internationalen Rohstahlgemeinschaft erfüllt. Vorläufig streitet man sich noch um die Quoten. Es ist aber möglich, daß die Eisenpreise auf dem Weltmarkt durch internationale Kartellbildung bald erhöht werden.

DEUTSCHLAND

Mansfeld-Subventionen gehen weiter! Die Verträge zwischen dem Reich und Preußen einerseits und der Mansfeld A.-G. andererseits laufen Ende des Jahres ab. Die Subvention wird fortgesetzt. Das Reich stellt für die nächsten einviertel Jahre 10 Millionen Mark zur Verfügung.

Ein Preiskartell in der Bimsstoff-Industrie: In der Mitgliederversammlung des Verbandes Rheinischer Bimsstoffwerke, der rund 90 Prozent aller Bimsstoff-Produzenten umfaßt, wurde eine Kommission mit der Vorbereitung eines Preiskartells beauftragt.

Die Mineralöl-Ausgleichsteuer auf die ursprüngliche Höhe von 3,80 Mark pro Doppelzentner erhöht; eine Belastung der Benzolproduzenten war das nicht, da diese kurz zuvor die Benzolpreise erhöht hatten. Nun verlangen die Produzenten — es klingt unwahrscheinlich, aber ist wahr — eine Herabsetzung des Benzinzolls von 17 auf 14 Mark pro Doppelzentner; sie wollen dann den Verbraucherpreis um 3 Pfennig pro Liter senken. Sie machen dafür nur eine kleine Voraussetzung, daß nämlich die Steuer von 3,80 Mark pro Doppelzentner überhaupt wegfällt. — Mit anderen Worten: Sie wollen auf Kosten der Staatskasse ihren Absatz steigern.

SCHWEDEN

Eisenerz-Ausfuhr halbiert gegenüber dem Vorjahr. In diesem Jahr wurden über Lulea nur 400 000 Tonnen Erz verschickt gegen 755 000 Tonnen im Vorjahr und 2,6 Millionen Tonnen im Jahr 1927.

Literatur und Makulatur.

Internationale politische Verschuldung und Arbeiterklasse.

M. Zwalf: „Die internationale politische Verschuldung und die Arbeiterklasse.“ 112 Seiten. Verlag der Internationalen Transportarbeiter-Föderation, Amsterdam.

Diese Studie hat dem Prager Kongreß der Internationalen Transportarbeiter-Föderation im August dieses Jahres vorgelegen. Die Veröffentlichung entspricht einem Beschluß des Kongresses.

Zwalf kommt — ganz im Einklang mit der Haltung des „Funken“ — zu dem Ergebnis: „Die Reparations- und Kriegsschuldzahlungen sind, ökonomisch betrachtet, durchführbar in Zeiten günstiger Konjunktur.“ (Seite 97.) Im Interesse des Proletariats erhebt er die Forderung: „Streichung aller Reparations- und sonstigen aus dem Weltkriege herrührenden Verpflichtungen.“ Gleichzeitig warnt er davor, von der „wunderartigen Auswirkung der Streichung in ökonomischer Beziehung sich ... allzuviel zu versprechen.“ (Seite 10.) Denn die Reparationen haben zwar zur Verschärfung der gegenwärtigen Krise beigetragen, haben sie aber nicht verursacht; gerade das wird erfreulich klar herausgearbeitet gegenüber den kapitalistischen Bestrebungen, die „Krisenursachen des Kapitalismus, die auch jetzt wieder zu einer Depression geführt haben, zu verschleiern, unter dem Hinweis auf Reparationen und Kriegsschulden“ (Seite 21). Eine besonders scharfe Abfuhr erhält dabei verdienstermaßen einer der Hauptverschleierner: Professor Gustav Cassel, „Sachverständiger des Völkerbundes in Währungsfragen“, der überall, „wie ein aufdringlicher Handelsreisender“, „verkündet ... daß die heutige Krise im Wesen eine Krise des Geldwesens ist, verursacht von der Goldausföhrung durch die Gläubiger der Welt, begleitet von der allgemeinen Goldknappheit“ (Seite 92).

Die Schrift ist warm zu begrüßen. Denn in der sehr umfangreichen Reparations-Literatur findet sich sonst fast keine konsequente Darstellung von sozialistischer Seite.

Agrarprobleme.

„Agrarprobleme“, herausgegeben vom Internationalen Agrarinstitut Moskau, Band 4, Heft 1, 183 Seiten, 2.— Mark. Verlag für Literatur und Politik, Wien-Berlin.

Das neueste Heft der wissenschaftlichen Agrarzeitschrift der Kommunisten bringt einige interessante Beiträge. Wir heben hervor: „Die Agrarpolitik der Imperialisten in Schwarzafrika“, „Die Agrarfrage in der Spanischen Revolution“.

In dem letztgenannten Aufsatz ist die Darstellung, wie die Prüfung durch unseren Mitarbeiter in Spanien ergeben hat, im großen und ganzen richtig. An einzelnen Stellen erfolgte der Bericht jedoch leider nach einem vorher festliegenden Schema und ist dann falsch. In dem Aufsatz ist zum Beispiel die Rede von der Verschärfung der Ausbeutung und dem Versuch der Bourgeoisie, „einen Ausweg aus dieser Krise auf Kosten der werktätigen Massen zu finden“ (Seite 142); dieses Klischee paßt nicht für die Behandlung Spaniens; denn der Reallohn der Industriearbeiter ist dort während des Jahres 1932 gestiegen! Für Spanien gar nicht passende Klischees sind ferner die Behauptungen über die Faschisierung des Landes (Seite 142) und die „Führung der Kommunisten“ bei bewaffneten Aufständen der Landarbeiter und Bauern (Seite 151). Wer bei der Lektüre vorsichtig ist, wird in dem Aufsatz wertvolles Material finden.

Interessant ist ein hier deutschen Lesern zugänglich gemachter umfangreicher Aufruf der KP Ungarns mit dem Eingeständnis: „Die Kommunistische Partei Ungarns hat ihren Fehler eingesehen, der darin bestand, daß sie damals, als sie es hätte tun können, während der Diktatur des Proletariats, die Güter der Großgrundbesitzer, der Pfaffen und Bankiers nicht unentgeltlich unter die landwirtschaftlichen Arbeiter, das Gesinde, die Kleinpächter, die Zwergbesitzer, die armen und mittleren Bauern aufteilte.“ (Seite 156.) Leider wissen

wir nicht, ob das Eingeständnis etwa nur eine Sache der Agitation ist.

Ueber die Möglichkeit sozialistischer Antikriegspropaganda auf dem Dorf herrschen in Moskau abenteuerliche Vorstellungen, wie folgende Sätze aus dem Leitartikel zeigen mögen: „Die gesamte Massenarbeit auf dem Dorfe, alle dort durchgeführten Agitationskampagnen und politischen Versammlungen müssen eng verbunden werden mit dem Kampfe gegen die Kriegsgefahr, müssen verwandelt werden in Protestdemonstrationen gegen den Krieg und für die Verteidigung der Sowjet-Union und Chinas.“ (Seite 13.)

An deutlichen Zeichen der Schludrigkeit ist die Ausgabe leider kaum zu überbieten. Die erste Zeile lautet: „Die ökonomische Weltkrise, die im Jahre 1932 begonnen hat, ...“ — Da hätten eigentlich Setzer und Drucker in der Peuvag aufgebehen müssen; sie leiden sicher bereits länger unter der Weltkrise!

Sowjetrußland von heute, wie es nicht aussieht.

Hans Halm, Professor a. D. der Universität Irkutsk: „Sowjetrußland von heute. Bericht eines Augenzeugen.“ 48 Seiten. Verlag Buchholz und Weißwange, Berlin-Charlottenburg.

Der Schrift liegt, laut Vorwort, ein Lichtbildervortrag zu Grunde, den der Verfasser auf Einladung der Deutschen Akademie München in einer Reihe deutscher Städte, unter anderem im Sommer 1932 an der Technischen Hochschule in Charlottenburg, gehalten hat. Was für Reden über die Sowjet-Union von diesen öffentlichen Einrichtungen gefördert werden, mögen zwei Sätze zeigen: „Niemand ist sich heute in Rußland im Zweifel darüber, daß er in einem nicht-sozialistischen Lande lebt. ... Jeder Russe weiß, daß er heute in einem straffest organisierten kapitalistischen Lande lebt.“ (Seite 11.)

Vielleicht stimmen manche anderen Behauptungen des Verfassers. Wir halten uns jedoch an das Sprichwort: Wer einmal lügt, dem glaubt man nicht.

Heilmut-Rauschenplot.